

Der 'Lübecker Volksbote' erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen: 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 117

Samstag, den 20. Mai 1922.

29. Jahrgang.

Das Fazit von Genua.

Darüber, ob Dr. Walter Rathenau ein geschickter und erfolgreicher Politiker ist, wird wohl noch lange gestritten werden. Aber ein geistreicher Redner ist Dr. Rathenau ganz zweifellos. Und so hat er denn an den Schluß der Genueser Konferenz eine Rede gestellt, welche die entscheidenden Mächte der Welt nach dem Kriege außergewöhnlich klar herausarbeitet.

Der Krieg hat die europäische Wirtschaft verüstet. Er hat zahlreiche Produktionsstätten zerstört und Millionen wertvoller Arbeitskräfte vernichtet. Aber trotzdem könnte allein neben den Zerstörungen der Kriegszeit die Unordnung in der Weltwirtschaft nicht so groß sein, wie sie tatsächlich ist. Denn von dem gesamten Produktions- und Verkehrsapparat sind mehr als neun Zehntel erhalten geblieben; und selbst die fürchterlichen Verwüstungen Rußlands machen nur einen geringen Prozentsatz des Welt-handels aus. Die entscheidende Störung der Weltwirtschaft liegt in den durch den Krieg und noch mehr durch den Gewaltfrieden hervorgerufenen Handels- und Finanzstörungen. Die europäischen Staaten haben sich eine fürchterliche Last von Kriegsschulden aufgeladen. Deutschland vor allem hat Zahlungsverpflichtungen, die seine Leistungsfähigkeit und Produktionskraft weit übersteigen. Zahlt aber Deutschland nicht, dann kann auch Frankreich nicht zahlen, es könnte wahrscheinlich auch auf die Dauer nicht zahlen, wenn Deutschland wirklich in der Lage wäre, das Londoner Ultimatum zu erfüllen. Alle Staaten schweben deshalb als Schuldnerstaaten gegenüber Amerika. Und die Siegerstaaten auch als Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland in einem Zustand dauernder Ungewißheit.

Aber selbst dasjenige, was Deutschland leisten könnte, wird ihm zu leisten verweigert. Zahlen kann eine Nation ohne fortschreitende Verzerrung nur durch Waren. Gerade die deutschen Waren aber sucht man in den Siegerländern fernzuhalten. Denn in allen Ländern hat man zum Zweck der Kriegsführung eine Unmenge neuer Industriebetriebe geschaffen, die nachher auf Friedensarbeit umgestellt worden sind. So ist die industrielle Produktion weit über die jetzt vorhandene Konsumfähigkeit hinausgewachsen, während zugleich die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln und Rohstoffen zurückgegangen ist.

Die Wiederherstellung der Weltwirtschaft setzt ein Verschwinden des Kriegespiegels, setzt ehrliches Vertrauen unter den Völkern in die Sicherheit des Friedenszustandes voraus. Ist dies gegeben, dann kann eine allgemeine Regelung nicht zwischen einem und dem anderen, sondern unter allen Völkern die Stabilisierung und damit die Besserung der Verhältnisse schaffen.

Soweit Rathenau, dessen Rede in einem Hymnus auf den Frieden ausklang. Wir hatten schon gestern betont, daß die Genueser Konferenz für die Lösung dieser großen Aufgabe nicht viel geleistet hat. Und man braucht kein Pessimist zu sein, um voraussetzend auf die Konferenz in Haag schon heute zu insistieren, daß auch sie die Friedensarbeit nicht bewältigen wird, die ohne allezeitigen guten Willen und ohne die umfassende Mithilfe Amerikas überhaupt nicht getan werden kann. Gegenüber diesen Feststellungen tritt weit die politische Einzelfrage in den Hintergrund, ob der Kapallvertrag ein geschickter Schachzug oder eine unglückliche Entgeißelung Deutschlands gewesen ist. Die Rettung, die die Welt ersehnt, ist er jedenfalls nicht, kann er nicht sein, und die Konferenzen von Genua und vom Haag rühren auch an die entscheidenden Probleme noch nicht.

Es ist ein charakteristischer Zufall, daß gerade zum Schluß der Genueser Konferenz die deutsche Mark erneut ins Gleiten gekommen ist und Oesterreichs schwere Wirtschaftskrise wieder akut wird. Die Entwertung der Krone ist so rasch und ungeheuerlich, daß dort überhaupt niemand mehr einen Ausweg sieht. Nur die verzweifelte Klage bleibt offen, daß dieser Staat mit dieser Wirtschaft eben nicht lebensfähig ist.

Das Große an der Konferenz von Genua und dem Haag ist das zweifelhafte Ringen Europas um die Rettung Rußlands. Trotz aller nur allzu berechtigten Abneigung gegen die traurigen Sommersoldaten will und darf Europa nicht zulassen, daß das fließende Riesentier zu einer menschenleeren Einde verüstet werde. Im Haag soll das begonnene Rettungswerk fortgesetzt werden. Es wird schwer genug sein, aber will man Deutschland und Mittel-europa erst in russische Zustände hinabgleiten lassen, ehe man die Entschlüsselung zur rettenden Tat findet?

Die Schlusssitzung.

Genua, 19. Mai. (Fig. Drahtber.)

Der heutige Tag ist für Genua das große Ereignis: Vollziehung und gleichzeitige Schlußtagung der europäischen Wirtschaftskonferenz. Schon vor 9 Uhr fanden sich Delegierte und Journalisten im Palazzo Giorgio ein, der trotz der Abreise ganzer Delegationen wieder bis auf den letzten Platz gefüllt war. Deutschland war durch den Reichsminister Dr. Brüning und den Reichsaussenminister Dr. Rathenau vertreten. Um 9 Uhr 20 Minuten eröffnete Facta die Sitzung und teilte mit, daß zunächst die Arbeiten der

Wirtschaftskommission bestätigt werden sollen. Er erteilte dann dem Vorsitzenden der Wirtschaftskommission, Colrat, das Wort, der einleitend einen Überblick über die Arbeiten der dritten Kommission gab. Es sei Zeit, wieder zu einem gesunden Wirtschaftssystem zurückzukehren, an dem Frankreich gern mitarbeiten werde, und er glaube, daß die Kommission zu diesem Wiederaufbau durch ihre Beschlüsse gute Wege gezeigt habe. Colrat, dessen Rede ohne wesentliche Kernpunkte war, schloß: „Europa ist auf Verträgen begründet! Alle, die diese Verträge zu stören versuchen, stören Europa, arbeiten gegen den Geist, der die Delegierten zur Konferenz von Genua geführt hat.“ Die französische Parole ist also: Die Verträge müssen aufrechterhalten werden, mag Europa auch daran zugrunde gehen.

Nach Colrat kam der italienische Minister Rossi, ein eifriger Anhänger zu Wort. Er einte bei Ermächtigung der Kommissionsbeschlüsse nochmals auf die Lage Italiens ein, das unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen in Europa sehr zu leiden habe. Rossi erwartete von den Genueser Beschlüssen weitgehende Besserungen.

Die Rede Rathenaus.

Als danach Rathenau zu Worte kam, herrschte allgemeine Aufmerksamkeit. Rathenaus Rede war auszeichnet. Er betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß er sich streng an das Programm der Konferenz halte, aber den Versuch machen werde, die Mächte nicht nochmals auseinander zu lassen, die sich während der Beratungen der ökonomischen Fragen in Genua immer klarer herausgebildet hätten. Die erste Wahrheit sei: Die gesamte Weltwirtschaft der Völker ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft. Alle Hauptwirtschaftsländer seien in eine Schuldenlast verwickelt, kein Staat könne einen wirklichen Haushalt aufstellen, könne große Einrichtungen irgend welcher Art schaffen. Die zweite Wahrheit bezeichnete der Außenminister in folgenden Sätzen: „Kein Gläubiger soll seinen Schuldner an der Bezahlung seiner Schulden hindern.“ Nach einer ausgezeichneten Begründung, die ohne Einbruch Frankreichs erfolgte, fuhr Rathenau fort: Die dritte Wahrheit ist ausgedrückt in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder hergestellt werden kann, wenn ein unentbehrlicher Markt wieder gewonnen ist, d. h. das wechselseitige Vertrauen. Dieses Vertrauen kann nur wiederkehren, wenn die Welt im wahren Frieden lebt. Zwar bedeutet der heutige Zustand nicht gerade Frieden. Aber er ist dem Frieden ähnlich. Die Erkenntnis fehlt, daß der Schuldner Sühne bedarf und nicht imstande ist zu zahlen, wenn man ihm die letzten seiner Möglichkeiten, nämlich seinen Kredit, zerstört. Rathenau, der seine Rede in französischer Sprache hielt, schloß seine Rede mit den Worten: „Krieg, Frieden, Frieden, Frieden.“

Die Übersetzung seiner Worte wurde durch anhaltenden stürmischen Beifall, an dem sich auch Lord George beteiligte, zum Ausdruck gebracht. Besonders die Italiener applaudierten mit, was darauf zurückzuführen war, daß Rathenau die italienische Friedensliebe und den Willen der italienischen Regierung, auf dieser Konferenz zum Ziel zu kommen, in seinen Ausführungen besonders hervorhob.

Es folgte dann Lütticherin, der sich über die Beratungen der Arbeitskommission beschränkte. Lütticherin forderte den Schweizer Bundespräsidenten Motta zu einer Erklärung heraus, da er behauptet hatte, daß die Beschlüsse der Arbeitskommission von Ländern formuliert würden, die kein Interesse an Arbeiterfragen hätten. Motta erwiderte, daß man in der Schweiz schon lange den Arbeiterstand habe und noch weitere soziale neue Einrichtungen einführen werde. Die Beschlüsse der Wirtschaftskommission wurden darauf einstimmig angenommen.

Sieheff sprach Schaefer, der der Konferenz die Ergebnisse der politischen Kommission zur Annahme empfahl. Die Formulierung, die sich auf den vorläufigen Friedenspakt bezieht, wurde von allen Mächten nach Befragen durch den Präsidenten Facta angenommen. Deutschland wurde nicht befragt, Frankreich nahm erst an, nachdem alle anderen Mächte mit Ja geantwortet hatten.

Die Schlusssitzung Lord Georges.

Nach den Bestimmungen ergriß unter allgemeiner Spannung der englische Premierminister das Wort zu einer großen Schlusssitzung, in der er dem italienischen Volke, der Regierung und der Stadt Genua dankte, um dann fortzufahren:

Wir sind jetzt zu dem Ende der bedeutungsvollsten Konferenz der Weltgeschichte gelangt.

Wir haben einen großen Friedenspakt, der dem erschöpften Europa wieder Kraft und Gesundheit geben wird. Wir müssen Papier durch Taten in Geld verwandeln. Jeder von uns muß bei seiner Heimkehr bedenken, die die Geschäfte ihres Landes leiten, davon Kenntnis geben und hierdurch die wirtschaftlichen Bedingungen in Europa herstellen. Das wirklich anregende Moment der Konferenz konzentriert sich auf eine andere Frage. Das sind die Beziehungen Rußlands zu der übrigen Welt und die Lösung, die die Welt bereit ist, vorzunehmen, um dieses verüstete Land wieder herzustellen und das große Elend seiner Bevölkerung zu heilen. Zum ersten Male hat Europa dieser Schwierigkeit ins Gesicht gesehen und ist nicht zurückgewichen. Wir haben beschlossen, damit fortzufahren. Das ist die ermutigendste Entscheidung dieser Konferenz.

Nach Lord George sprach noch Barthou einige Worte. Dann folgte das Schlußwort Factas.

Den Deutsch-Amerikanern!

Lübeck, 20. Mai.

Am Sonntag treffen einige hundert Deutschamerikaner in Lübeck ein. Schon vor mehreren Wochen wurde ihr Besuch angekündigt. Ihr Hauptbesuch sollte der deutsch-amerikanischen Woche in Bremen gelten. Vor einigen Tagen kam der Dampfer in Cuxhaven mit den deutschen Brüdern jenseits des Ozeans an. Sie wurden nach Hamburg geleitet und sie besuchten zum Teil auf Einladung der niederdeutschen Vereine Lübecks auch unsere Hansestadt. Wir salutieren! Nicht mit dem Pomp ehemaliger kaiserlicher Hoheitszeichen, sondern mit neudeutschem, mit republikanischem Gruß. Denn das Deutschland, das unsere Stammesgenossen vor Jahren oder Jahrzehnten verlassen haben, ist ein anderes geworden. Durch schwere Not hindurch wurde das Volk geleitet, bittere Enttäuschung mußte es erfahren. Das Röstlichste, Leben, Gut und Blut ist ihm genommen worden. Unverantwortliche Gewaltmenschen hielten dieses arbeitssame Volk zu Tode, vorkriegsfeindliche Elemente sind schon wieder am Werke, neue Sklavenketten zu schmieden. Den Knieknauern des alten Staates ist kein Mittel zu schlecht, um das Neue, Werden, in den Staub zu treten. Die größten Vernichter des Volksglücks reißen heute schon wieder den Mund am weitesten auf, um die junge Republik vor aller Welt in Mißkredit zu bringen. Es wird zweifellos manchen geben, die dem deutsch-amerikanischen Besuch diesen Glauben beibringen wollen. Wie lächerlich sie sich dadurch machen, ist ihnen wohl kaum selbst bewußt. Würde doch an uns die Bitte gerichtet, wir möchten mit dafür eintreten, daß am Besuchstage die schwarz-weiß-rote Flagge von allen Häusern und Giebeln Lübecks flattere. Ein törichtes Verlangen! Es beweist, wie einfältig das Dugendbürgertum aus den schweren Ereignissen gelernt hat, wie politisch blutarm es geblieben ist. Wir haben dem in seinen Kreisen einflußreichen Herrn in nicht mißzuverstehender Weise gesagt, wie wir eine derartige Propagation des republikanischen Geistes unserer Stadt auffassen würden.

Die deutsch-amerikanischen Gäste müssen erkennen, daß ihr Vaterland in andere geworden ist; sie, die aus dem größten republikanischen Staate kommen, sollen nicht schon beim ersten Anblick gewahren, daß der Deutsche ewig als politischer Trottel gelten darf. Wir wissen, die jetzt wieder deutschen Boden betretenden Landsleute hegen noch lange nicht alle die Achtung für die deutsche Republik im Herzen, die sie der freien nordamerikanischen sicherlich entgegenbringen. So viele von ihnen verlassen einst den deutschen Boden, weil er ihnen nicht das gewährte, was ein arbeitsamer und pflichttreuer Mann vom Leben beanspruchen darf. Mancher ist vielleicht auch darunter, den der alte Polizeistaat anwiderte. Dieser Staat ist nicht mehr und er kommt nicht wieder!

Es ist nicht leicht, auf fremder Erde sich eine Existenz zu suchen, heimisch zu werden. Der Kampf ums Leben ist überall hart, erfordert Energie und ganze Männer. Den Deutschen im allgemeinen und den Niederdeutschen im besonderen sind jähre Eigenschaften angeboren. Drüben in Ozeanien erproben sie sich. Arbeit und Ausdauer krönen sie jetzt. Das übrige schaffte die zerfallene Mark und der Dollar — der heutige Hebel der kapitalistischen Welt. Seit Jahren sind die amerikanischen Zeitungen voller Anpreisungen: Kauf deutsche Bons, die beste Kapitalanlage! Jede Wertverringerung unseres Zahlungsmittels verschärfte die Not des deutschen Volkes; sie erhöhte zugleich den Profit der einheimischen Wucherer und bildete den Spekulationsregulator in Dollarkien.

Die Gäste werden erstaunt sein über das offen vor ihnen liegende Heimatland: Sauberkeit und Betriebsamkeit liegt offen zutage, die Geschäftsauslagen deuten auf Wohlstand. Das wertzehende Volk aber, äußerlich unverändert, ist im Innern beschwert voll Harm und Sorge. Das meiste Angenehme, von ihm selbst erzeugt, ihm selbst bitter Not-tuende, ist unerschwinglich im Preise. Dreimal geringer ist der Lohn des deutschen Arbeiters gegenüber dem des amerikanischen, 40-, 50- bis 100fach sind die Preise für die Lebensnotwendigkeiten gestiegen; 20-, in seltenen Fällen höchstens 30fach der Lohn der Lohn- und Gehaltsempfänger. Vielleicht nimmt der eine oder andere ein kleines Preisverhältnis hinüber, um zu beweisen, wie karg das deutsche Volk, das werktätige, nicht das handeltreibende, alle Unterhaltskosten auf den Verbraucher abwälzende, zu leben gezwungen ist. Zum Darben gezwungen, weil die kapitalistische, profitlüsterne Welt es so will. Heute kommt selbst in den Familien der Qualitätsarbeiter wöchentlich nicht mehr als ein oder zwei Pfund Fleisch auf den Tisch und selbst die amerikanische Knollenfrucht, die Kartoffel, die nur einigen hun-

bert Jahren Sir Francis Drake in Europa berühmt machte und die die Hauptnahrung der ärmsten Volksgenossen bildet, kostet heute das drei- und vierfache eines Pfundes Fleisches der Vorkriegszeit. Butter und reelles Fett kennen die meisten Deutschen nur nach dem Namen nach. Gellen wir noch von Kleibern, Wäsche, Schuhzeug reden? Die Gäste werden das ganze Glend, die Bekleidung des Völkermörders, kaum erfassen, weil die Dollarnoten das falsche Gewicht ausgleichen.

Wir sind die letzten, die an das Mitgefühl appellieren. Dieser Artikel zieht in Amerika noch weniger als bei uns. Aber wir wünschen, die deutschen Brüder möchten nach ihrer neuen Heimat die Ueberzeugung mitnehmen, daß das deutsche Volk an sich unschuldig an seinem Unglück und daß es des Vertrauens des Auslandes würdig ist. Sein unbegabter Arbeitsmüde muß Unterstand genug sein, um ihm die Lebensmöglichkeit zu lassen, sich aus dem Jammer emporarbeiten zu können. Hierbei mitzuhelfen ist auch Amerika als Kriegsteilnehmer verpflichtet.

Sicher ist: die deutschamerikanischen Gäste werden manches sehen, das nicht nach neuem Geist ausschaut. Sie werden vielleicht an Städten kommen, wo Verschwenker an einem Abend mehr ausgeben als ein fleißiger Arbeiter in der ganzen Woche verdient. Sie werden sogar nationalistische Symmen erklingen hören — in Lübeck sind sie in einem bekannten Café für eine Runde Schnaps zu haben — aber ein offenes Auge wird bald gewahr, daß diese Ausnahmen nicht das deutsche Volk bilden. Der Deutsche, der sein Vaterland liebt, der arbeitet es wieder in die Höhe, der weilt und wirft an der neuen Zeit, am neuen Staat. Er duldet und leidet, aber er schafft sich sein Recht und baut sich sein Vaterland so, daß auch der Deutsche im Ausland stolz auf die Flagge schwarz-rot-gold sein kann. XX.

Reichstag.

214. Sitzung vom 19. Mai, 11 Uhr vormittags.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wird die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums beim Titel Wohnungswejen fortgesetzt.

Abg. Heydemann (Komm.) fragt, inwieweit die bisher erhobene Wohnungsabgabe dazu beigetragen hat, dem Wohnungsmangel in Deutschland abzuwehren.

Eingegangen ist ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft anzugliedern.

Abg. Obermeyer (Soz.): Die Vorwürfe des Reichswirtschaftsbundes des Bausewerkes gegen die sozialen Baubetriebe sind durchaus unbegründet. Die sozialen Baubetriebe haben sich sehr gut bewährt und wirken in der Hauptsache preisregulierend. Durch die Gemeinden wird die Verwendung öffentlicher Gelder durch die sozialen Baubetriebe kontrolliert. Dem Verbande sozialer Baubetriebe gehören 60 Bauhütten und 140 Genossenschaften an. Zwei Drittel des Kapitals von 45 Millionen Mark sind in den Bauhütten angelegt. Im Jahre 1921 wurden 20 000 Arbeiter beschäftigt und Aufträge in Höhe von 470 Millionen Mk. ausgeführt. Leider aber konnte infolge der Geldentwertung nur die Hälfte der Aufträge ausgeführt werden. Nach dem von der Arbeiter-Vereinbarung beschlossenen hat 5 % seiner jährlichen Einnahmen, das sind ungefähr 25 Millionen Mark, den sozialen Baubetrieben zuzuführen, braucht keine Regierung mehr zu befürchten, daß ihr den Baubetrieben zur Verfügung gestelltes Geld verloren gehen könnte.

Abg. Metzler (USP.) verlangt Auskunft darüber, wie der auf Grund des Wohnungsabgaben-Gesetzes geschaffene Ausgleichsfonds verwaltet wird und unter welchen Bedingungen Gelder aus ihm gewährt werden.

Abg. Hoch (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen vom Reichsarbeitsministerium abzutrennen und dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu übertragen.

Reichsarbeitsminister Brauns teilt mit, daß das Wohnungswejen das Kabinett nach beschließen wird. Die Anwendung der Steuererlasse bei Ende des Finanzministeriums. Die Gelder des Ausgleichsfonds im Wohnungsabgaben-Gesetz werden den Ländern überlassen, und es sei daher ausgeschlossen, daß sie an irgendwelche Interessenten abgegeben werden.

Der Antrag, die Ueberweisung des Pacht- und Siedlungswesens an das Ernährungsministerium zu erwägen, wird angenommen.

Genehmigt wird die Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der Rentner aus der Invaliden- und Angehörigen-Versicherung auf 3,8 Milliarden. Angenommen wird eine Entschädigung der Sozialdemokraten, wonach bei der Auslegung des Gesetzes über Reichsanstalten zur Unterstützung dieser Rentner Leistungen, die mit den Zweck haben, die gesetzlichen Renten zu erhöhen, nicht angerechnet werden und danach wenigstens bei der Herabsetzung ein Gesetzentwurf zur Änderung dieses Gesetzes vorzulegen ist. — An Instruktionen zu Reichsanstalten zur Unterstützung stehender Kleinrentner lehnt der Etat 200 Millionen vor, die der Zuschuß auf 500 Millionen erhöhte. Die Deutschnationalen beantragen eine Milliarde und lassen ihren Antrag durch eine große Agitation der Abgeordneten Dr. Oberfahren begründen. Nach lebhafter Debatte, an der sich von sozialdemokratischer Seite Frau von Scharner und Abg. Jäger-Hornowert beteiligen, wird der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien abgelehnt und die Erhöhung auf 500 Millionen Mark einstimmig angenommen.

Angenommen wird ein Antrag des Zentrum, der 20 000 Mk. an Beihilfen für lokale und territoriale Reichsorganisationen zur Abgeltung der ihnen durch den Verzicht auf den Besonderen entfallenden Aufträge fordert.

Die Kapitel „Einzige Anstellung für Arbeitermehrfach“, „Reichsversicherungsamt“, „Reichsversicherungsbehörde für Unfallversicherung“ und „Reichsamt für Arbeitsvermittlung“ werden angenommen.

Beim Kapitel „Einzige Anstellung für Arbeitermehrfach“ wird eine Interpellation der Deutschen Volkspartei zur Beratung, die für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine den heutigen Verhältnisse gerecht werdende Versorgung fordert und die von Abg. Lipil (D. Sp.) begründet wird.

Abg. Wenzel (Soz.) begrüßt die vom Ausschuss angenommene Entschädigung, wonach die Umamercenungsarbeiten nach dem Verordnungsgebot vom 12. Mai 1920 in diesem Reichswirtschaftsbund beendet werden sollen. Daran ist von einer Herabsetzung der im Etat für Hilfskräfte bei den Versorgungsbehörden vorhandenen Mittel abzusehen worden. Die notwendige Uebertragung des Gesetzes ist von der Umamercenung abhängig. Die 1920 festgesetzten Sätze müssen erhöht und für Ordnung gesorgt werden. Wir werden zunächst zur Entlohnung der Arbeiter in den hohen Stufen und bei der Vermögenssteuer beitragen. Die Kontrolle zum Schwerbeschädigten-Gesetz wird hoffentlich bald verabschiedet. Wir haben die im Ausschuss abgelehnte Entschädigung wieder eingebracht, in der die Regierung ernstlich wird, in der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 21. November 1921 die Versorgung von Hinterbliebenen-Schweltern bei der Einweisung von Hinterbliebenen zu berücksichtigen. Durch diese Senkung

zugung wird nur der Nachbändentag umgangen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Andre (Zentr.): Die Räumungsvorschriften müssen aus dem Gesetzentwurf heraus, zumal sie nur hohe Verwaltungsstellen verursachen. Den Antrag der Sozialdemokraten gegen die Verwendung der Mutteraus-Schweltern lehnen wir ab.

Abg. Frau Ziegler (USP.): Die Versorgungsämter arbeiten so langsam, daß die im Jahre 1921 beschlossene Teuerungszulage noch heute nicht an alle ausgezahlt worden ist. Das soziale Empfinden fordert die Beilegung der Bedürftigkeitsfrage bei der Unterstützung der Eltern der Kriegswitwen.

Abg. Berthel (Komm.) fordert die Beilegung des Bedürftigkeitsnachweises für die Invaliden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die Uebertragung des Gesetzes auf Erhöhung der Uebersteuerungszulage um das 3/4 bis 4fache noch vor Pfingsten erfolgen dürfte. Die Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge erfordere 12 1/2 Milliarden, und die Gesamtaufwendungen seien seit 1920 um das Dreifache gestiegen. Erst nach Erledigung der Umamercenungsarbeiten könnten natürliche Härten in der Rentenfestsetzung behoben werden.

In weiteren Bemerkungen der Abg. Meier-Zwickau (Soz.), Albrecht (USP.) und nach dem Schlußwort des Abg. Streiter (D. Vpt.) wird die Uebertragung betr. die Umamercenung und die über den Abbau des Metzger- und Pflegepersonals angenommen.

Ein Mitglied der Sowjetmission in London ermordet.

London, 20. Mai.

Konstantin, einer der Sachverständigen der Sowjetmission, wurde in der Nähe seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Konstantin war früher Leiter der Britisch-russischen Bank in Charkow. Die Umstände des Mordes sind noch nicht aufgeklärt.

Die Anleihebedingungen Morgans.

London, 20. Mai.

„Philadelphia Public Ledger“ erfährt von amerikanischer Seite zu dem Morgan-Anleiheplan, daß die Führer der britischen Finanzkreise heute die Aufforderung erhalten haben, Vorschläge zu prüfen und zu beurteilen, die den Hauptinhalt der Vorschläge enthalten, die Morgan der Pariser Versammlung unterbreiten wird: 1. Die Vorschläge gehen dahin, daß die deutsche Anleihe von einer Mobilisierung der deutschen Reparationen begleitet sein muß, so daß der zu zahlende Betrag eine Höhe erhält, die in einer festgesetzten Zeit in der Tat zurückerstattet werden kann. 2. daß die zu leistende deutsche Anleihe ein Vorrecht vor den Reparationsforderungen erhält, wodurch die ganze Frage erledigt werden würde, wie diese Anleihe zu den Reparationsforderungen steht. Dadurch würde eine weitere Sicherheit geschaffen werden. 3. Der Betrag der Anleihe soll in gewissem Grade höher sein, als die Summe, die zur Garantie der Reparationszahlungen benötigt wird; die während der nächsten drei bis fünf Jahre zu leisten sind. Der Restbetrag soll zur Stabilisierung des deutschen Finanzwesens verwendet werden, zur Aufhebung der weiteren Papiergeldinflation und zur Wiederaufbauarbeiten.

Frankreich und Anspach.

Das französische Kriegsministerium übergibt der Presse ein Komunique, in dem gesagt wird, daß die französische Regierung keine einzige Information benutzte, die sich auf Dr. Anspach zurückführen läßt.

Rußland und der Rapallo-Vertrag.

Moskau, 19. Mai.

Nach der Entgegennahme des Referates Joffes über die Konferenz in Genoa nahm das allrussische Zentral-Exekutivkomitee folgende Resolution an:

Wir begrüßen den russisch-deutschen Vertrag von Rapallo als den einzig richtigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und aus der Kriegsgefahr. Wir erkennen als Norm für die Beziehungen Räte-Rußlands zu den kapitalistischen Staaten nur Verträge dieser Art an. Wir beauftragen den Rat der Volkskommissare und das Kommissariat für Neuveres, ihre Politik in diesem Geiste zu führen. Wir schreiben dem Volkskommissariat für Neuveres und dem Rat der Volkskommissare vor, Abweichungen von dem Typ des Rapallovertrages nur in solchen Ausnahmefällen zuzulassen, wenn solche Abweichungen durch ganz besondere Vorteile für die arbeitenden Massen der Räterepublik ausgeglichen werden.

Die Hintertür zu weitgehenden Konzessionen, an den Weltkapitalismus hat man also vorläufig offen gelassen. Man würde offenbar schon, was inzwischen in Washington beschlossen wurde: Amerika will Verträge mit Rußland erst dann abschließen, wenn der „Sowjetismus“ abgeschafft ist.

Die Besteuerung der Ausländer.

In einer kleinen Anfrage hat die Demokratische Fraktion des Preussischen Landtages angeregt, den zahlreichen Ausländern, die Deutschland bereiten, eine vielleicht durch die Gemeinden zu erhebende Steuer aufzuerlegen. Darauf antwortete der Minister des Innern: Die Anregung, die Nachteile, die sich aus der starken Entwertung der deutschen Wälsche, insbesondere der kommenden Reisezeit für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen und die Kommunalverbände im besonderen ergeben, durch geeignete steuerliche Maßnahmen in billiger und den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht widersprechender Weise auszugleichen, ist bereits Gegenstand eingehender Ermüßungen. Dielem Gedanken trägt auch bereits eine starke Steigerung der Steuerhöhe, der Beherrschungsfürer bei den teuren Zimmerpreisen Rechnung. In welcher Art noch eine weitere Regelung vorzunehmen sein wird, läßt sich zur Zeit abschließend nicht angeben. Doch wird vorläufig das Recht der Gemeinden zur Erhebung indirekter Steuern hierfür anstreichen.

Zum Andenken Cassalles.

Nachdem vor kurzen durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten Genossen Loebe und des Genossen Professor Dr. Gustav Mayer die Stadt Breslau von den Erben der Gräfin Hagedorn, Fürstin Hagedorn-Wilberding, die nachgelassene Bibliothek Ferdinands Cassalles und eine Reihe von persönlichen Erinnerungsgegenständen an den Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und ersten erfolgreichen Organisator der deutschen Arbeiterbewegung, zum Geschenk erhalten hat, will jetzt die Breslauer Arbeiterschaft überhies eine Ehrengedächtnisfeier vornehmen, zu der sich ein aktiver Anlauf bietet. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau hat beschlossen, am künftigen künftigen Gedächtnistage Cassalles eine Gedenkfeier einzurichten, zu welcher den vielen Freunden auf langem verfloßenen Gängen vergangener Tage, die sich in den Straßen Breslaus befinden, auch der Name Cassalles

zu erwähnen. Der Name des größten Sohnes der Stadt Breslau, so heißt es in dem Aufruf des Breslauer Arbeitervereins, des mutigen Vorkämpfers für Freiheit und Recht, des gewaltigen Verkünders des Sozialismus, steht wohl auf tausenden roten Fahnen und ist in Millionen Herzen eingegraben. In seiner Heimatstadt Breslau aber erinnert keiner seiner Gräbner nichts an ihn! Wir alle Sozialisten und Republikaner wird die dringende Appell erheben, zu den für dieses Gedenktage jederlichen und erheblichen Mitteln durch freiwillige Spenden beizutragen. Das Gedenktage soll am Todesstage Cassalles am 21. August, erhalten werden, und darum gibt doppelt, nämlich gibt, freiwillige Spenden nimmt die Expedition des „Botschaft“, Breslau, Marktstraße 4/6, entgegen.

Für freie Zuckereinfuhr.

Im Reichsernährungsministerium fand gestern eine Besprechung über die Getreidemarktsituation und die Lage am Zuckermarkt statt, in der berufenen Vertreter des Handels und der Industrie die unhaltbaren Zustände in der Zuckerverföhrung schilderten. Im Anschluß daran fand dann im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ebenfalls eine Besprechung über die notwendig zu ergreifenden Maßnahmen statt. Nach längerer Aussprache kam man zu dem Beschluß, daß nur durch eine umgehende Freigabe der Einfuhr von Zucker dem Marktstand, der sich vor allem bei den Inlandszuckern geltend machte, gesteuert werden könne.

Wie es von anderer Seite heißt, ist damit zu rechnen, daß der Reichswirtschaftsminister die Freigabe der Zuckereinfuhr genehmigen wird, da man sich nicht der Hoffnung hingibt, durch irgendwelche Zwangsmaßnahmen, die noch in Deutschland vorhanden, sicherlich erheblichen Zuckerbestände auf den Markt zu bringen. Auslandszucker, und zwar amerikanische und hohische Nowakischer Ware ist gegenwärtig schnell und in ausreichender Mengen zu haben. Natürlich wird dann der Inlandszucker auf Auslandszucker zu teureren Preisen feilgeboten werden. Der Raubbau auf die Taschen der Bevölkerung ist auch auf diesem Gebiete zur Genüge vorbereitet.

Der Kampf um das Arbeitsnachweisgesetz.

Im Unterausschuß des Reichstags für sozialpolitische Angelegenheiten wurde bei der Beratung über das Arbeitsnachweisgesetz ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag abgelehnt, den Arbeitgeber zu verpflichten, jede einem nichtgewerbsmäßigen Arbeiter nachweis mitgeteilte Vakanz auch dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden. Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag. Da auch ein Vermittlungsantrag der Demokraten abgelehnt worden war, ist die Verständigung im Unterausschuß über den einschließenden Paragraphen des Gesetzentwurfes gescheitert.

Börse.

Berlin, 19. Mai.

Die Aufwärtsbewegung am Berliner Devisenmarkt setzt sich heute weiter fort. Es handelt sich um die Deckung eines tatsächlich bedeutenden Devisenbedarfs der Industrie und des Handels und um spekulative Käufe, da man annimmt, daß der Devisenmarkt nach Aufnahme der Einfuhr von Zucker, Kohle etc. wesentlich stärker sein wird. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 299 gehandelt. Am Effektmarkt ist die Tendenz nach wie vor flau. Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Brauns über die Krisenausichten der Konjunktur trugen wesentlich zur Entmutigung der Spekulation bei. Umlich notierten: Kabel New York 296,50, London 1326 1/2, Holland 11 550.

Nationalistische Lausbubereien in Bayern.

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern abend fand in München eine große, von republikanischen Reichsbund einberufene Protestversammlung gegen die Schändung der republikanischen Flagge und die monarchistische Propaganda in München statt. Genosse Dr. Schilling erregte über das Thema „Wittelsbacher-Legende und Volkstümlichkeit“. Zum Schluß des Vortrages, der von zahlreichen Gegnern begleitet war, entstand der übliche Tumult. Es drangen Hakenkreuzer-Gruppen in den Saal ein, warfen Nebel- und Gasbomben und arbeiteten mit ihren Schlagringen. Die Versammlung konnte trotzdem zu Ende geführt werden. Sie zogen darauf zur Redaktion der „Münchner Post“ und beschmierten das Gebäude mit marmeladenen Hakenkreuzen.

Die durch den Eisner-Prozess neuangefachte nationalistische Gehe beginnt ihre Früchte zu tragen. Alltäglich finden in den Münchner Bierlokale nationale Demonstrationen unter Abföhrung des Deutschlandsliebes statt. Einer Schweizer Musikkapelle bot man vergebens einen Tausendmarktschein und verhöhnte sie, als sie bei ihrer Weigerung blieb. Die Deutschen nationaler versuchen Del ins Feuer zu stecken und so wurde gestern in der deutschnationalen Versammlung Einpruch erhoben gegen die Sitzung der neuen deutschen Fahne in München, die das Symbol des Klassenkampfes und des Umsturzes ist und das Gefühl aller echten Deutschen aufs tiefste verletzt. Weiter wird die sofortige Freilassung von Eisners Mörder, des Grafen Arco, verlangt, und allen denen, die sich diesen Forderungen entgegenstellen, gedroht, sie an Laternenpfählen aufzuknüpfen. Unterdessen geht, veranlaßt von bayerischen Großindustrie, der Kampf der bayerischen Burekratie gegen die Metallarbeiter und ihre Kinder mit aller Schärfe weiter. Herr v. Kahr und sein Amtskollege in Nürnberg haben sich in den Dienst der Hungerblockade der Arbeitgeber gestellt, dadurch, daß sie die Beschüsse des Münchner Stadtrats, den Kindern der ausgepörrten Metallarbeiter verbilligte Milch abzugeben, für null und nichtig erklärten. Die beiden Stadträte haben Beschwerde beim obersten Landgericht eingelegt.

Kleine politische Nachrichten.

Die neue Regierungsbildung in Braunschweig. Nachdem die Idee der „reinen Arbeiterregierung“ im Braunschweiger Landtag am Verfall der Kommunisten und dem Sepp-Dertter-Stand abgelehnt ist, fand ein Briefwechsel der Landtagsfraktion der SPD mit der demokratischen Fraktion statt, aus dem hervorgeht, daß die Demokraten die sogenannte kleine Koalition (USP, SPD, DDP) ablehnen. Sie erklären, da sie sich nur an der sogenannten großen Koalition (SPD, DDP, und Reichspartei) beteiligen werden.

Der USP-Abgeordnete August Jäger, der wegen der Ausrufung einer Abtrennung Frankens von Bayern, d. h. wegen Hochverrat zu 15 Monaten Festung verurteilt worden war, wurde nach Verbüßung einer automatischen Strafe aus der Festung entlassen.

Forderungen zur Volksernährung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag mit tuncächster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zu unterbreiten unter Beachtung nachstehender Richtlinien:

1. Für das Wirtschaftsjahr 1922/23 wird das Umlageverfahren für die Erfassung des Brotgetreides beibehalten, wobei der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung aus der Inland-ernte in der Höhe von 4 1/2 Mill. Tonnen sicherzustellen ist. Diese Umlage ist zu verteilen auf die privatwirtschaftlich, land- und forstwirtschaftlich genutzte Bodenfläche. Die Verteilung der Umlage erfolgt auf Grund der Betriebsstatistik aus der Vorkriegszeit. Die Kleinbäuerlichen Betriebe und das Deputatgetreide, das an Landarbeiter auf Grund von Arbeitsverträgen geliefert wird, sind bei der Erfassung des Umlagegetreides auszuschließen. Bei der Verteilung der Umlage auf die lieferungspflichtigen Betriebe hat eine Abstufung, progressiv steigend nach der Betriebsgröße zu erfolgen, ebenso im gleichen Sinne eine Abstufung nach Bodenklassen. Die Preise für das Umlagegetreide sind zu bemessen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Produktionskosten, jedoch sind dabei Konjunktur- und Werttagewinne auszuschalten. Für die Ablieferung des Umlage-Getreides sind bestimmte Termine festzusetzen. Die zivilrechtliche Haftung für die Ablieferung des Umlagegetreides ist beizubehalten.

2. Der Karziffelbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung soll auf dem Wege privatrechtlicher Lieferungsverträge sichergestellt werden. Damit diese Lieferungsverträge auch tatsächlich eingehalten werden, ist der Erfüllungszwang gesetzlich festzulegen. Die Regierung soll den Abschluss solcher Lieferungsverträge zwischen Erzeugern und Verbrauchergemeinschaften sowie landwirtschaftlichen Verbänden einerseits und den Vertretern der Städte und der industriellen Betriebe andererseits fördern und dafür sorgen, daß in allen solchen Fällen eine bevorzugte Belieferung an Kartoffeln erfolgt. Dem schrankenlosen Aufkaufen der Kartoffeln ist durch geeignete Maßnahmen, die Konjestionierung des Handels und eine scharfe Kontrolle entgegenzutreten. Der Preis der Kartoffeln ist sowohl für die Produzenten, als auch für den Handel für möglichst große Wirtschaftsgebiete auf der Grundlage der Produktionskosten festzusetzen. Mit dem Reichsverkehrsministerium sind frühzeitig Verhandlungen anzubahnen, damit eine ausreichende Wagenstellung in der Zeit der Kartoffelernte erfolgt.

3. Nach Aufhebung der Zuckerverpflichtung ist Zuckermangel und eine erhebliche Verteuerung des zur Verfügung stehenden Verbrauchszuckers eingetreten. Die Interessenten haben eine Zuckerverwaltung gebildet, die auf privatrechtlicher Grundlage eine Zwangsbewirtschaftung für Zucker durchgeführt hat und eine scharfe Kontrolle der einzelnen Fabriken ausübt. Im Interesse der Allgemeinheit ist die Bewirtschaftung des Zuckers durch das Reich wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist pro Kopf und Woche 1/2 Pfund Zucker zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge pro Kopf und Woche ein Pfund extra. Die Preisfestsetzung für den Verbrauchszucker erfolgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Herstellungskosten mit Zustimmung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Agrarischer Wucher.

Je mehr sich der Unwille der Bevölkerung gegen den nimmerlatten Lebenswucher der Agrarier wendet, desto frampfhafter bemühen sich die agrarische Presse und die agrarischen Organisationen, andere für den Wucher verantwortlich zu machen. Dieses Spiel ging so weit, daß man sagte, schuld seien nicht die Agrarier, die die unverkäuflichen Beträge einheimsten, sondern diejenigen, die sie „angeboten“ haben. Nun liegen aber die Dinge so, daß die Agrarier ihre Produkte zurückhalten, um die Verbraucher zu den unerhörten Angeboten zu zwingen. Unlängst hat der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer in einer Interpellation sich darüber beschwert, bei der Viehlieferung an Italien seien die „berufenen bayerischen Organisationen“ unberücksichtigt gelassen. Dagegen sei die Lieferung einem jüdischen Großhändler übertragen. Demgegenüber stellt der Bayerische Staatsanzeiger amtlich fest, daß mit den bayerischen Organisationen manuell verhandelt und am 21. Februar 1922 ein fester Lieferungsvertrag auf 2000 Tiere abgeschlossen worden sei. Bereits am 24. Februar erfolgte eine Preisnachforderung, die schließlich bewilligt wurde. Als dann Anfang März die Viehlieferung an Italien beginnen sollten, verlangten die Leiter der bayerischen Organisationen am 10. März weitere Preis-erhöhungen von 4000 bis 9000 Mark das Stück. Da nach den bisherigen Erfahrungen die bayerischen Organisationen, zum Teil wegen des Verhaltens der Viehbesitzer, die Lieferungen nicht ausführen konnten oder wollten, wurde die Lieferung an den Großhändler Wertheimer übertragen, der das Vieh um drei Millionen billiger als die „berufenen bayerischen Organisationen“ nach Italien lieferte.

Wieder ein Beweis mehr für die Gerissenheit und Strupel-losigkeit der „berufenen bayerischen Organisationen“. Die bayerische Bevölkerung hat diese saubere Politik mit gesteigerten Preisen bezahlen müssen. Es ist zusehen in dem Agrarlande Bayern das Vieh vom Berliner Markt billiger zu haben gewesen als von bayerischen Stellen. Das will bei den heutigen Frachtpreisen und sonstigen Speise- und Händlergewinnen schon etwas besagen. Die Agrarier aber fahren fort, die Städte auszuhungern.

Die Sowjetdelegierten unter Polizeischutz.

Anlässlich der letzten Krawalle vor dem Berliner Rathaus stellte der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, im Preussischen Landtag fest, daß die Sowjet-Delegation für Genua während ihres Berliner Aufenthalts in besonders hohem Maße polizeilichen Schutz fordere. Diese Forderung Severings war den Kommunisten unangenehm, weil sie dadurch eine Störung ihrer Agitation gegen die „Blut-unde“ von der Schupa erwarten durften. Die Berliner Sowjet-Delegation dementierte also und behauptete, die Sicherheitsmaßnahmen seien auf die Initiative der preussischen Behörden und nicht auf den Wunsch der Sowjet-Delegation zurückzuführen.

An dieser Behauptung ist so viel richtig, daß die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen auf Veranlassung der deutschen bzw. preussischen Behörden ergriffen und bereits vor der Ankunft der Russen durchgeführt wurden. Dazu gehörte z. B. auch, daß in den Vestibüls der Hotels, in denen russische Delegierte wohnten, Beamte zu ihrer Verfügung bereit standen. Das genügte aber

den Russen nicht, die Attentate zaristischer Offiziere befürchteten. Darum ersuchte Litwinoff, der mit Tschitscherin im Hotel Eiplanade wohnte, die Beamten ständig, Tag und Nacht, unmittelbar vor den Zimmertüren zu postieren. Dasselbe Ersuchen stellte Tschoffe, der im Kaiserhof wohnte. Weiter wünschten die Russen Schuß auf ihren Ausfahrten und Spaziergängen. Dieser wurde verweigert, während sich ein zweiter am Ziel der Fahrt aufhielt. Als Tschoffe aus Genua zurückkam, erbat er sich zum Schuß auf seinen Ausgängen zwei Beamte, die auch gestellt wurden. Bemerkenswert sei noch, daß die von den Kommunisten besonders scharf bekämpfte Abteilung la des Berliner Polizeipräsidiums mit dem Schuß der Russen betraut wurde und sich für ihre „glücklichen Maßnahmen“ den Dank der Sowjetleute erwarb.

Disziplinarstrafen im Heere.

Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag u. a. den Gesetzentwurf über die Disziplinarstrafen für die Wehrmacht. Bisher konnten militärische Disziplinarvergehen in einem verhältnismäßig geringen Strafrahmen von den Disziplinarvorgelegten geahndet werden. Darüber hinaus mußten die bürgerlichen Gerichte entscheiden. Das neue Gesetz überträgt die Entscheidung solcher Fälle in förmlichen Disziplinarverfahren Kammer mit zwei Instanzen, die mit besonderen Rechtsfähigkeiten ausgestattet sind. Sie haben zu urteilen über die Verdächte gegen militärische Zucht und Ordnung, über die sonst der Disziplinarvorgelegte entfällt, wenn die Aufklärung besonders schwierig ist. Ferner haben sie zu entscheiden über Dienstgradherabsetzung für Gezeigte und Obergezeigte. Der Kreis der Disziplinarisch zu ahndenden Straftaten ist erweitert und das Höchstmaß für die Strafe des Arrestes auf 6 Wochen festgelegt worden. Ferner ist ein dem Disziplinarverfahren des Beamtenrechts ähnliches Verfahren vorgeschlagen worden, damit die Soldaten wegen Unwürdigkeit aus der Wehrmacht ausgeschlossen werden können. Weiter sollen die Kammer entscheiden, ob der Beschuldigte trotz der Entlassung einer Verurteilung würdig ist, deren Höhe den Bestimmungen des Wehrmacht-Versorgungsgesetzes unterliegt. Als oberste Instanz ist eine Wehrmacht-Berufskammer vorgeschlagen. Der Reichsrat beschloß, daß in einem Unwürdigkeitsverfahren auf Antrag des Beschuldigten ein Beisitzer aus der Rangklasse des Beschuldigten zuzuziehen ist.

Arbeitslöhne in Staatsbetrieben.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung der Arbeiterlöhne in den Reichs- und Staatsbetrieben wurden am 18. Mai im wesentlichen zu Ende geführt. Die Zustände entsprechen unter Rücksichtnahme auf die Industrielöhne in der Hauptsache den Zulagen, die auch die Beamten durch Beschluß des Reichstages erhalten haben. In Ortsklasse A: Lohngruppe 1 wird eine Zulage von 5,10 Mk. pro Stunde gewährt. Zwischen den Lohngruppen 1, 2, 3 und 4 ist eine Spannung von je 20 Pfg. vorgesehen. Zwischen 4, 5, 6 und 7 eine solche von je 10 Pfg., jedoch der Arbeiter in der 7. Lohngruppe eine Zulage von 4,20 Mk. erhält. Zwischen den einzelnen Ortsklassen von A bis E tritt eine Spannung von je 20 Pfg. ein. Im übrigen ist in jeder einzelnen Ortsklasse die Spannung zwischen den einzelnen Lohngruppen wie in Ortsklasse A, jedoch die Zulage in Lohngruppe 1 der Ortsklasse E pro Stunde 4,30 Mk. und in Lohngruppe 7 der genannten Ortsklasse 3,40 Mk. beträgt.

Diese Zulagen treten am 1. Mai in Kraft und gelten für den über 24 Jahre alten Arbeiter. Die jüngeren Jahreshalten erhalten eine entsprechend geringere Aufbesserung. Die Lehrlinge erhalten ebenfalls eine den Verhältnissen angepaßte Lohn-erhöhung, die aber noch einer weiteren Beratung vorbehalten bleibt. Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 75 Proz. derjenigen der Arbeiter. Eine neue Regelung des Verhältnisses zwischen Grundlohn und Teuerungszuschlag ist in der Weise erfolgt, daß der erstere 2/3 und der letztere 1/3 des genannten Einkommens beträgt.

Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll mit Beschleunigung durchgeführt werden, mit der Maßgabe, daß die Zahlungen noch vor den Pfingstfeiertagen erfolgen.

Landarbeiter im Kampfe.

In Mecklenburg-Strelitz (Land Stargard) stehen die Landarbeiter seit dem 20. April im Streik, um den Abschluß eines Tarifvertrages mit den im Mecklenburger Landbund organisierten Arbeitgebern zu erreichen. Die Arbeitgeber, die bis zum 1. November 1921 mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen hatten, haben den Tarifgedanken verworfen. Die Gefahren für die Volksernährung sind nicht von den Arbeitnehmern heraufbeschworen worden, sondern von den Unternehmern, die die Landarbeiter in den Streik getrieben haben.

Als der Streik einsetzte, haben die Arbeitgeber durch den Vorstand des Mecklenburger Landbundes das Reichsministerium für Ernährung und die Landesregierung in Mecklenburg-Strelitz mit Depeschen und Anträgen überschwenmt, die die Saubere Arbeit als Notstandsarbeit zu erklären. Die übrigen Notstandsarbeiten (das Füttern und Pflegen der Pferde und Kühe und Melken der letzteren) wurden von den Streikenden verrichtet. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse lag bei Einsetzen des Streiks keineswegs die Notwendigkeit vor, die Saatbestellung als Notstandsarbeit zu erklären. Die Landesregierung ist nach dem Urteil einer Sachverständigenkommission etwa am 10. Streiktag dennoch zu dem Entschluß gekommen, die Saatbestellung als Notstandsarbeit zu erklären. Die Arbeitgeber haben durch den Reichslandbund und mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften der Soldaten vom ersten Streiktag an Streikbrecher herangezogen, um mit diesen die Saatbestellung durchzuführen. Beim Einsetzen der Technischen Nothilfe wurden von 18 Betrieben nur 225 Nothelfer verlangt; diese Zahl war bis zum Freitag, dem 12. Mai, auf 83 zusammenschrumpt. Festgestellt werden muß, daß sich unter den Streikbrechern eine ganze Anzahl eingeschriebener Mitglieder der Technischen Nothilfe befand, die die Anweisung ihrer Führer zum Einsatz nicht abwarten konnten. Darin liegt die Gefahr, daß die Organisation der Technischen Nothilfe zur Organisation des Streikbruchs führt!

Den Landarbeitern ist der Kampf durch das In-den-Rücken-fallen von Streikbrechern ungeheuer erschwert. Die Arbeitgeber liegen die Bestellungenarbeiten mit Hilfe der Streikbrecher fertigstellen; ob gut oder schlecht, wird sich erst später zeigen. Die öffentliche Meinung ist durch das Schlagwort „Volksernährung“ von vornherein gegen jeden Landarbeiterstreik eingenommen, und es wird selten unterstellt, ob die Schuld am Streik auf Seiten der Arbeitnehmer oder auf Seiten der Arbeitgeber liegt. Im Lande Stargard liegt die Schuld am Streik unbedingt bei den Arbeitgebern. Wenn sie in der Zeit vom

1. November 1921 bis zum 19. April 1922 einigermaßen den Willen zur Verständigung gezeigt hätten, konnte der Streik leicht vermieden werden. Allein die Arbeitgeber wollten den Streik, um einmal die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter zu zerschlagen, die Handarbeiter unter ihren Herrenwillen zu zwingen, andererseits weil sie die Absicht hatten, durch den Ruf „Die Saatbestellung ist Notstandsarbeit“, die sozialdemokratische Regierung im Lande Stargard zu kürzen. Diese beiden Grundursachen müssen vor allen Dingen von der breiten Öffentlichkeit beachtet werden, dann wird die den Landarbeitern in ihrem Kampfe die Sympathie nicht verjagen können.

Wen schlimmer als der Schaden, der für die Volksernährung durch die Handlungsweise der Arbeitgeber heraufbeschworen wird, wirkt sich ihr Vorgehen für die streikenden Landarbeiter aus. Der Mecklenburger Landbund betrachtet den Streik nicht als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, sondern als seine Lösung. Nach seiner Meinung erlischt der Dienstvertrag, und da für alle verheirateten Deputatlandarbeiter mit dem Dienstvertrag auch die Wohnung und das Deputatland verbunden sind und der Übergang der Entlohnung aus Naturalien besteht, die nur der Arbeitgeber liefern kann, unterbindet man durch die Nichtlieferung der Naturalien, durch die Kündigung des Dienstvertrages und damit der Wohnung und des Deputatlandes dem Landarbeiter die Existenzmöglichkeit, ja, man zwingt ihn durch Räumungsklagen, die Wohnung zu räumen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß ihm im Augenblick unmöglich ist, ein anderes Unterkommen zu finden.

Ein großer Teil der Landarbeiter im Lande Stargard ist im Besitz von Kühen, für die der Arbeitgeber Stallung, Futter und Weide zu liefern hat, als einen Teil der Entlohnung. Die Arbeitgeber entziehen den streikenden Futter und Weide; trotzdem die Organisation zur finanziellen Entschädigung dieser Leistungen des Arbeiters bereit ist, weisen sie die Kühe aus dem Gutstall und da, wo die Arbeitnehmer die Kühe im eigenen Stall haben und durch Räumungsklagen zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen werden, verlieren sie auch die Stallung für ihre Kuh. Für den Deputatlandarbeiter bedeutet die Kuh ein Vermögen, aber auch für die Volkswirtschaft sind hier große Werte enthalten. Die Arbeitgeber sehen sich rücksichtslos darüber hinweg, um die Arbeiter zu unterjochen. Wenn die Organisation auch alle Hebel in Bewegung setzt, um die Ernährung der Landarbeiter und ihres Viehstandes sicherzustellen, so ist gerade im Augenblick besonders das Heranschaffen von Futter für die Kühe schwierig, da der Weidengang beginnt. Da außer dem im Besitz der Arbeitgeber befindlichen Viehstand andere nicht vorhanden sind, sind die Landarbeiter gezwungen, entweder die Arbeit aufzunehmen oder ihren Viehstand zu verkaufen.

Diese rigorosen Maßnahmen der Arbeitgeber unterbinden dem Landarbeiter das Koalitionsrecht und es wäre Pflicht der Regierung, nicht nur zu unterjochen, sondern auch, durch einen Landarbeiterstreik die Volksernährung geschädigt wird, sondern auch, ob nicht Maßnahmen ergriffen werden müssen, die auch den Landarbeiter bei einem gerechten Kampf vor den Übergriffen der Arbeitgeber schützen. Die Organe der Staatsgewalt haben es sich bei dem Kampf der Landarbeiter im Lande Stargard in der Hauptsache zur Aufgabe gemacht, das Eigentum der Arbeitgeber und ihre Arbeitswilligen zu schützen. Die Landarbeiter aber sind der Willkür der Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert. Wird durch diese Schutzlosigkeit und durch das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber der Kampf gebrochen, dann wird ein tiefer Haß bei den Landarbeitern übrigbleiben. Es ist Sache des Reiches, dafür zu sorgen, daß nicht das Gemeinwohl durch die Herrschucht der Agrarier Schaden leide.

Volkswirtschaft.

Viehmarkt

Hamburg, 19. Mai.

Schweinemarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird uns mitgeteilt: Es wurde abgibt für 50 Kg. Lebendgewicht: Weiße Fetteschweine über 250 Pfund 3800 bis 3400 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfund 3200 bis 3800 Mk., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pfund 3100 bis 3200 Mk., geringere Ware 2700 bis 3000 Mk., beste Sauen 3100 bis 3200 Mk., geringere Sauen 2600 bis 3000 Mk. Marktaufuhr: 4026 Schweine. Der Handel verlief bei reichlichem Angebot ziemlich reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. Mai.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		19. Mai.	18. Mai.
Amsterdam	100 fl.	11535.55	11485.69
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2461.90	2431.95
Kristiania	100 Kr.	5523.05	5493.10
Kopenhagen	100 Kr.	6337.05	6307.10
Stockholm	100 Kr.	7620.45	7565.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	617.20	613.20
Rom	100 Lire	1523.05	1533.05
London	1 £	1324.80	1315.55
New York	1 Doll.	296.12	293.63
Paris	100 Frs.	2691.60	2671.65
Zürich	100 Frs.	5632.35	5622.95
Madrid	100 Pesetas	4679.10	4604.20
Wien	100 K.	5.03	5.05
Prag	100 K.	572.25	567.25
Budapest	100 K.	37.—	37.25

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit.	Tag	Stb.
Angelkommen am 19. Mai.							
D.		Quous	Clavier	Rönigsberg	10		
S.		Neordsternan	Berlin	Senoborg	1		
S.		Gilli	Genin		2		
D.		Dora	Rütingenberg	Dalen	14		
Angelkommen am 20. Mai.							
D.		Gerda	Rumstmann	Wachter	Laith	3	
D.		Rotor	Wiking	Christiansen	Lohals	1	
D.		Modata	Durmestler	Riel	1		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freitakt Lübeck und Heilshafen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg; Verleger: Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck. (2283)

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie, soweit sie in Arbeit stehen, bis auf weiteres den doppelten Beitrag zu zahlen haben;

- d. h. in der 1. Klasse Mk. 28.-
2. " " 16.-
3. " " 5.- (mit Ausnahme der Lehrlinge).

Die gestrige stark besuchte Mitgliederversammlung hat den Beschluß des Vorstandes einstimmig gut geheißt.

Die Extrabeiträge werden restlos zur Unterstützung der süddeutschen Kollegen abgeführt, sie dürfen in ihrem Kampfe nicht unterliegen.

Noch die Solidarität!

(2288) Die Ortsverwaltung.

Travemünde.

Sonntag, den 21. Mai:

Eröffnung
des
Städtischen Kurpales.

Unterhaltungsmusik
nachmittags 4 Uhr.

Die Kurverwaltung.

Es regnet!

Sonntag früh, ab 10 Uhr,

Mühlendamm 7.

Vorführung des glänzend begutachteten

Tau-Regenapparates „Eden“

Alle Park-, Zier-, Obst- und Gemüsegartenbesitzer sind zur Vorführung eingeladen. Vertritt: Emil Jansen, Lübeck, Untertrave 73. Fernruf 2283 (2276)

!! Noch ist es Zeit !!

Wegen dringender Steigerung

zähle bis Dienstag abend

- für Kupfer 100 54.- u. 56.- Btl.
Blei u. Zink 14.- u. 15.-
Messing 24.- u. 25.-
Schw. Zinn 3.-

Zusweis ist mitzubringen.

R. Lissauer

Hartengrube 5. (2288)

Frauen erwacht!

(2217) Haltet Euch vor „weisen Frauen“! Lest nach vergeblichem Suchen mit nutzlosen und verhassten „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rossetti über die „Verhütung der Empfängnis“ (Trennungsgabe hier nicht gestattet.) Es befreit Euch von Sorgen! Preis Mk. 20.- Nachnahme, Porto extra. Buchverlag Eisner, Stuttgart, 140 Schloßstr. 57 B.

Am Dienstag, dem 23. Mai, eröffnen wir

Untertrave Nr. 66

eine

Nebenstelle

welche sich mit allen des Bankfach betreffenden Geschäften befassen wird.

Die Nebenstelle ist geöffnet werktäglich

von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags

von 3 Uhr nachm. bis 4 Uhr nachm.

Sonntags

von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags.

Lübecker Privatbank.

Rein-Aluminium-Geschirre

besonders billig!

Schmortöpfe mit Deckel

Größe 14 16 18 21 22 24

Mk. 49.00 52.50 59.50 65.00 72.50 79.50

Aluminium-Platten mit Stiel, 26 cm 28.50 18 cm 27.50

Aluminium-Milchtöpfe m. Ausguß 49.50

Inh. ca. 4 Ltr. 78.00, 3 Ltr. 66.50, 2 Ltr.

Aluminium-Kasserolen mit Stiel 42.00 34.00 29.50

Aluminium-Puddingformen mattiert 8.75 6.75 5.75

Aluminium-Seifennäpfe mit Haken 5.50

Aluminium-Vorleger 29.50 24.50

Aluminium-Schöpflöffel 16.75 15.75

Aluminium-Schaumkellen 14.75

Aluminium-Bratenlöffel extra groß 12.50

Aluminium-Teesiebe 7.25 6.50

Aluminium-Esslöffel 3.50 2.65

Aluminium-Forken 3.50

Aluminium-Kinder-Bestecke 2teilig 11.75

Kochtöpfe im Satz:

5 Schmortöpfe mit Deckel Größe 16-24 225.00

5 Schmortöpfe mit Deckel mittelschwer, Größe 16-24. 385.00

5 Gastöpfe mit Deckel mittelschwer, Größe 16-24. 425.00

5 Fleischtöpfe mit aufleg. Deckel mittelschwer, Größe 16-24. 425.00

5 Schmortöpfe mit Deckel schwere, unbordierte Ware Gr. 16-24 495.00

Unser Schaufenster mit Aluminiumwaren mannigfach. Art ist beachtenswert

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

Besuchen Sie unsern Erfrischungsraum

Künstliche Augen



Müller Wiesbaden

J. A. C. Dettmann, Königstraße 64.

Glodengießerstraße 61.

Zähle erhöhte Tagespreise für Campen, Eisen, sämtliche Metalle, Papier, Holz, Leder, Seife, Haare usw. Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (2286)

Die teuren Lederpreise

stören Sie nicht, wenn Sie die als äußerst haltbar bekannten Gollertschalen verwenden, die in allen einschlägigen Geschäften zu haben sind.

Alleinvertreter: Kurz & Spongenberg

Kornmarkt-Geschäft Lübeck, Schmiedestraße 27. (2248)

Die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Holz usw. erhalten Sie bei

Selig L. Cohn,

Schloßstraße 62, Lübeck, 2153.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (2291) Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Kohlenaffordarbeiter am Montag, den 22. Mai abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Die höchste Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Holz usw. erhalten Sie bei

M. H. Uhrmacher, Lübeck, 2153.

Gesangverein „Lyra“ Chormeister Herr Otto Hauschild. Großer Frühlingsball am Sonntag, dem 21. Mai 1922, im Kolosseum. Anfang 6 Uhr. (2265) Der Vorstand.

Deutsch-Amerikaner (2255) verkehren alle im „Spaßvogel“ Dankwartsgrube 13.

Konzert- u. Ballhaus Flora. Morgen Sonntag: Großer Ball Anfang 5 Uhr. (2292) Eintritt Herren 4.- Mk. Damen 3.- ohne Steuer.

Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede Frühlings-Ball am Sonntag, dem 21. Mai 1922, im Konzerthaus Lübeck. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. (2248) Der Festausschuß.

Haben Sie es schon gesehen? Das reichhaltige Varietéprogramm der Neuen Volkshühne Beckergroße 44. Eintrittspreise Mk. 5, 4, 3, einschl. Steuer. Anfang 7 1/2 Uhr. Es ladet zum Besuch freundlich ein Die Direktion. (2254)

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgr. Schönkirchen u. Umg. Einladung zum 15. Stiftungsfest verbunden mit Korfahrt und Ball am Himmelfahrtstage, dem 25. Mai 1922 im Lokale „Zum Landhaus“. Anfang 4 Uhr. Das Komitee. NB. Um zahlreiche Beteiligung der umliegenden Ortsgruppen wird gebeten. (2277)

Zentralhallen. Morgen Sonntag: (2286) Gr. Tanzkränzchen. Eintr. frei

Luisenlust Jeden Sonntag BALL Eintritt u. Tanz frei. (2281)

Adlershorst. Ball Jeden Sonntag u. Donnerstag (2282)

Weißer Engel. Großer Ball. Jeden Sonntag und Freitag: (2242)

Fahnen und Banner Vereinsbedarfsartik. Kostenvorschläge ohne Verpflichtung. A. Krawehl, Stettin 18. (2221)

Asthma kann in ein 15 Min. schnell versch. werden. In Lübeck, Lindenstr. 3a (Tele. Friedrichstr.), jede Freitag von 10 bis 1 Uhr. Dr. med. Aderis, Friedrichstr. 3a. (2216)

Dampfer „Möve“ Kap. Krohn, fährt an jedem Sonntage von Lübeck 8.00 vorm. nach Travemünde und weiter nach Gütting ob. Reffenhufen-Dahne. Rückfahrt von Travemünde 8.15 nachm. Berner Jäger D. „Möve“ jed. Montag 8.00 vorm. von Lübeck nach Travemünde, jeden Freitag u. Sonnabend 5.15 nachm. von Travemünde nach Lübeck. (2258) Belegpl.: Beim Hafenamt

Moisinger Baum. Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr Vornehm. Tanzkränzchen unt. Mitwirkung d. jugendl. temperamentv. Stimmungssängerin Gretel v. Walden, sowie des Humoristen Hermann Waron. Mod. Tänze, Künstler-Kapelle. Pr. Kaffee u. Kuchen. Angenehm. Familienaufenthalt. (2294) Rud. Jäde. Sonnabend, 27. Mai Großer Ball des Deutschen Schäferhundvereins, Ortsgruppe Lübeck, wozu meine Gäste willkommen sind.

Eindenhof Israelsdorf. Morgen Sonntag: In den Veranden Konzert b. freiem Eintritt von 4-7 Uhr nachm. Im Saal: (2225) Vornehme Ballmusik. Anfang 4 Uhr nachm. Tel. 1910. Victor Klempen.

Friedrich-Franz-Halle. Jeden Sonntag: (2226) Tanz. Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.

Hansa-Theater. Sonntag, 28. Mai nachmittags 8.00: Guernicus u. Karolus Heimatspiel in 3 Akten v. Dr. Martin Maack. Eintrittspreis 16.50, 11 u. 8.80. Stühle reserviert. Karten in Vorverkauf in'n Zigarrenhaus A. Röhlich, Goldenstr. 2, H. Koch, Marktgraben 6 u. in vormiddags v. 10 bis 11 Uhr in'n Hansa-Theater. (2284) Der Vorstand Verein Fritz Reuter Lübeck.

Hansatheater. Täglich präzis 8 Uhr abends: Der große Lachserfolg Der keusche Lebemann mit Anton Franck als Gast. (2215)

Stadttheater Lübeck Sonnabend, 20. Mai, 7.30 Aida. (2252) Einmaliges Gastspiel v. Kammerjäger Robert Butt als Radames und Gisela Corda als Aida, legt auf Anstell. 19. Wkt. i. Sonnabend.

Sonntag, 21. Mai, 11 u.: Öffentl. Hauptprobe z. S. Sinfoniekonzert Solist: Ed. Erdmann, Pianist. 2.30: 18. Vorst. für d. Arbeiter-Bildungsvor. Schneider Wibel. 7.30: Die Braut des Lucius. Neuhoff! Gastspiel Elli Leux, Theater des Westens, Berlin und Mitz von Canova, Gärtnerplatztheater, München. Montag, 22. Mai, 7.30. S. Sinfoniekonzert. Dienstag, 23. Mai, 7.30: Nach Damastus, 1. Teil. 8.30: 18. Vorst. Hoff. C.

Freistaat Lübeck.

Gonnabend, 20. Mai.

Die Zuckernot.

Seit einiger ist der Zucker fast gänzlich vom Markt verschwunden. Es ist der besorgten Hausfrau kaum möglich, in den hiesigen Geschäften Zucker aufzutreiben. Der Unwille und die Entrüstung über diesen Zustand ist natürlich groß. Woraus ist nun diese plötzliche Zuckernot zurückzuführen? Die „Lüb. Anzeigen“ brachten vor einigen Tagen eine Notiz, daß die Ursache der Zuckernot auf Streiks der Arbeiter beruhe. Es ist ja gerade allgemein bekannt, daß das Amtsblatt die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften für alle Misse der Zeit gern verantwortlich macht. Das gehört mit zur deutschnationalen Politik.

Wo der Zucker wirklich bleibt und wie er „verbilligt“ wird, darüber gibt eine Auslassung der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels für Magdeburg in der „Magdeb. Zeitung“ Aufschluß. Es wird dort im Gegensatz zu der „Zuckernot“ festgestellt, daß die Raffinerie selbst dann, wenn der Zucker abgeholt werden sollte, die Abgabe verweigern. Und der Fabrikarbeiterverband schreibt aus Anlaß des längst beendigten Streiks in den Zuckerraffinerien in der „Magdeb. Volksstimme“ folgendes:

„Die Zuckerraffinerie Magdeburg A.-G. hat beispielsweise ca. 140000 Ztr. und die Firma Jacob Hennige 100000 Ztr. Verbrauchszucker aufgespeichert. Warum? Neue Zuckerpreiserhöhungen stehen bevor. Deshalb heißt es: Zeit gewonnen, Profit gewonnen! Mag die Bevölkerung jetzt darben, desto lukrativer gestaltet sich nachher das Geschäft.“

Auf diese Weise schenken sich die Kapitalisten neue märchenhafte Gewinne zu und sorgen dafür, daß der Zucker „billig“ bleibt.

Nach den statistischen Feststellungen ist Zucker in genügenden Mengen vorhanden. Die Zuckereinnahme war im Jahre 1921 um 20 Prozent größer, als in dem vorausgegangenen Wirtschaftsjahr. Die Großhändler und Kaufleute klagen, daß sie trotz aller Bemühungen keinen Zucker von den Fabriken erlangen können.

Wo der Zucker aber in Wirklichkeit bleibt, zeigt die Aprilnummer der „Zeitschrift für Zuckerrübenbau“ im Anzeigenteil. Dort findet sich folgendes Inserat: „1 Million Mark gegen Sicherheit stellt größere Zuckerverarbeitungs- und Schokoladenfabrik einer Zuckerraffinerie für ein Jahr zinslos zur Verfügung, wenn die Raffinerie sich bereit erklärt, monatlich drei Ladungen Zucker für Industriezwecke zu liefern.“ — Also auf glatt 40000 Mark Zinsen verzichtet man, wenn man nur monatlich drei Ladungen Zucker bekommen kann. Die Zuckerverarbeitungsindustrie verbraucht also den für die Hausfrauen zum Einmachen und zu sonstigen Zwecken so notwendigen Zucker.

Daß keine genügende Belieferung erfolgt, ist also nicht auf Streiks, sondern auf Mißstände, wie sie vorstehend geschildert sind, zurückzuführen. Jene parasitären Existenzen, die während der Zwangsverwaltung des Zuckers geschoben, gewuchert und geschleichelt haben, setzen nach Aufhebung der Zwangsverwaltung

ihre unsaubere Gewerbe fort und nach übereinstimmender Ansicht namhafter Sachverständiger werden nicht unerhebliche Vorräte zurückgehalten in der richtigen Spekulation, daß dem Zuge der Zeit folgend, auch der Zucker seine Preissteigerungen fortsetzen wird. Wo es noch Zucker gibt, da hat eine regelrechte Jagd nach demselben eingesetzt, dessen Preis in der letzten Zeit einen ansehnlichen Aufschwung genommen hat.

In einigen Städten ist man bereits gegen die Mißwirtschaft vorgegangen. So hat das Polizeipräsidium Frankfurts sämtliche größeren Lagerbestände an Zucker im Stadtgebiet Groß-Frankfurt einer Prüfung unterzogen, um festzustellen, ob der Zucker Auslands- oder Inlandsware ist. Zunächst wurden sämtliche Zuckervorräte beschlagnahmt. An der Hand der Einkaufspapiere wird Herkunft und Preis des Zuckers nachgeprüft. In einigen Fällen wurde der Zucker beschlagnahmt und die Papiere der Staatsanwaltschaft übergeben zur weiteren Veranlassung. — In Hamburg sind ähnliche Maßnahmen angekündigt. Soffentlich mühen sie etwas. Es darf nicht geduldet werden, daß gewissenlose Spekulanten sich auf Kosten der Zuckerverbraucher die Taschen füllen.

Die soziale Frage.

Unter diesem vielversprechenden Titel wird in neuester Zeit in einer ziemlichen Anzahl Exemplaren eine Subellschrift niedrigerer Sorte an Arbeiter verteilt. Unentgeltlich, ohne zu wissen, von wem die Zustellung erfolgt, liegt dieses Blatt in den Briefkästen oder auf den Fluren der Arbeiterwohnungen. Mir wurde sogar berichtet, daß verschiedene Arbeitgeber, die sonst sich den Teufel um die soziale Frage, soweit sie die Arbeiter betrifft, kümmern, ihre Hände bei der Zustellung dieses Revolverblattes im Spiele haben. Mag dem sein, wie will, ein Bild eines Arbeiters in dieses Blatt wird ihn davon überzeugen, daß die Zustellung nur von einer Seite erfolgen kann, die für die niedrigen Dreckspräger und elendsten Verleumdungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen Millionen Gelder bekanntermassen ausgibt.

Die seligen Zeiten des Reichslägerverbandes kommen mir so in die Erinnerung und dann muß ich daran denken, welche elende Kreaturen in dieser Organisation zur Verleumdung der Sozialdemokratie tätig waren. Solche zweifelhaften Erscheinungen können auch die Macher dieser Zeitschrift nur sein.

In ganz infamer Art und Weise wird der Achtstundentag heruntergerissen, Propaganda für das Taylorsystem gemacht, die politischen Arbeiterorganisationen mit Dreck besudelt, den Beamten die ungebührliche Ausnutzung der durch die Revolution erlangten Freiheiten vorgewarnt, angeblühete terroristische Akte sozialdemokratischer Arbeiter und vieles andere angeführt.

Warum erwähne ich dieses Mißblatt? Weil ich die Arbeitnehmerschaft eindringlich vor solchen Schriften zu warnen für meine Pflicht halte. Kaus mit solchen Blättern aus eurer Wohnung. Diese Sorte ist noch nicht einmal die gefährlichste. Jedes Arbeiterkind ist schon in der Lage, eine solche Giftpflanze, wie diese „soziale Frage“ zu erkennen. Viel, viel gefährlicher ist die Generalanzeigerpresse, die dieselbe Arbeit, nur geschickter und weniger greifbar, leistet. Seid auf der Hut. Ihr seht, wie die Gegner Millionen zu eurer Bekämpfung bereit haben. Lernet daraus und laßt, daß die Arbeiterpresse, der „Lübecker Volksbote“, in jede Arbeiterwohnung Einzug hält. Alf. Dreger.

Die Ohrfeige.

Ich habe in meiner Jugend viel verdiente Ohrfeigen bekommen, habe um jede, die ich verdient habe, die aber vorbei ging. Am Mittwoch aber, auf dem Bauarbeiterverbandstag habe ich eine unerdient bekommen. Und das kam so:

Ich wollte gegen 5 Uhr in den Saal, am Eingang standen mindestens 300 Leute. Ohne Ahnung, was los ist, dränge ich vor, befand mich bald mitten in einem Knäuel von Menschen, die auf die Delegierten, besonders auf Pöplow, schimpften. Ein kleiner, mit einer Art Zeppeleinmütze behaupteter Mensch neben mir trafele kräftig mit.

„Kennst Du den Pöplow?“ fragte ich ihn arglos.

„Ne, aber seine Drecks kriegt er doch,“ gab mir der schnoddrige Kerl zur Antwort. Da sah er auf meine gelbe Ledertasche, ich sagte: „Du solltest vor dem in Arbeit für Dich grau gewordenen Manne erst mal den Hut abziehen.“

Er wirft mir einen Blick zu, der elektrisch geladen war, und langt mir dann eine Ohrfeige hin, die zwar nicht viel auf sich hatte, die aber doch mehr seelisch als körperlich meht tat. Dagegen sich zur Wehr setzen war unmöglich, ich schüttelte mich wie ein nasser Pudel und sagte:

„Wenn Du wieder ruhig geworden bist, dann denkst Du einmal über diese Ohrfeige nach.“

„Da is gar nicht nachzudenken“ behauptete er. Aber — er schien doch stutzig zu sein — jedenfalls blieb er zurück; ein anderer Demonstrant erklärte mir: „Das hat gefeilen.“

Ich weiß nicht, meinte er die Ohrfeige, meine Antwort darauf oder sonst etwas.

Ich glaube nicht, daß der Ohrfeigerich ein Bauarbeiter war, ich glaube nicht, daß es ein Kommunist gewesen ist, ich glaube vielmehr, es war einer, der ebenso gut hingebauen wänte, wenn jemand bei einer Demonstration für den Kriegerverein anderer Meinung gewesen wäre als er. Das ist es nicht, was schmerzt. Vielmehr daß es heute im vierden Jahre der Revolution, Volksbrüder gibt, die sich so gegen eigene Klassengenossen benehmen und daß die Kommunisten diese Hilfe brauchen, um sich, wie sie sagen, „Recht zu verschaffen“. Hoffentlich gibt unseren Gefinnungs-freunden solche Art „Klassenkampf“ doch zu denken. Th.

Zeitgemäße Warnung. Die Eisenbahndirektion Altona schreibt: Trotz aller Warnungen und bahnpolizeilichen Verfügungen ist die Zahl der Unfälle durch Auffpringen auf abfahrende Züge und Ab-springen bevor der Zug zum Stillstand gekommen ist, noch immer sehr groß. Ebenso kommt es noch häufig vor, daß beim Einlaufen von Zügen durch vorzeitigem Öffnen der Wagentüren Personen, die sich auf dem Bahnsteig befinden, erheblich verletzt werden. Die Eisenbahnbeamten sind kürzlich erneut angewiesen worden, streng gegen solche Ungehörigkeiten einzuschreiten. Zuwiderhandelnde Reisende bringen nicht allein sich selbst und andere in ernste Gefahr, sie haben auch empfindliche Bahnpolizeistrafen und u. a. Strafverfolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung zu gewärtigen. Im Hinblick auf den bevorstehenden stärkeren Reiseverkehr warnet deshalb die Eisenbahndirektion aufs neue vor dem unzeitigen Auf- und Abspringen, wie vor dem zu frühen Öffnen der Wagentür.

Zur Bekämpfung der Schwindelfirmen. Den Pressenachrichten der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck entnehmen wir folgendes: Dem Hypotheken- und Darlehensvermittler Walter Troppens in Braunschweig ist wegen Unzuverlässigkeit der Gewerbebetrieb unterlag worden. — Die Darlehensvermittler Erich Behrens in Stettin und Robert Dummer in Stettin sind wegen Darlehensschwindels durch Urteil vom 2. 3. 22. Behrens zu 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Dummer zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust ver-

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Behmann.

Söhn.

Und dann ist da die arme Rose. Sie hat keine gute Mutter. Nimm sie zu dir. Sie wird dir viel, du wirst ihr viel sein, und sie hat mich auch lieb. Ihr könnt von mir sprechen, wenn ihr miteinander seid.“

Die Frau ließ den Brief sinken.

Ihre Augen waren heiß und trocken.

Dann las sie weiter, was ihr Kind geschrieben, las es weiter bis zu den Worten:

Ich küsse dich im Geist ein letztes Mal.

Lebe wohl, meine Mutter!

Walter.

Sie sah mit wirren Blicken um sich. War ihr Junge, ihr geliebter blühender Junge, ihr Licht, ihr Glanz und Glück, nun tot und ausgelöscht?

Oder war es nur ein unglückiger Zufall, der ihr diesen Brief in die Hände gespielt, und Walter lebte noch und lag verwundet irgendwo?

Sie hatte von solchen Zufällen gehört.

Und wenn er noch lebte, wie sollte sie es ihm sagen, wie, wie?

Die Tür öffnete sich, und der alte Briefträger trat ein zweites Mal in das Zimmer.

„Da ist noch ein Geldbrief, Frau Greefe, den ich übersehen habe. Es ist eine andere Handschrift.“

Er ging.

Es war ein Brief von Walters Regiment, ein Brief, in dem man ihr schrieb, daß er tot sei, gefallen „auf dem Felde der Ehre“. Er habe einen Kopfschuß erhalten und ohne zu leiden sofort einen schnellen Tod gefunden, „den schönsten Tod, den ein Soldat finden kann.“ Allen sei er lieb gewesen, und sein Andenken werde unvergessen sein.

Nun mußte sie es, daß den ersten Brief kein Zufall ihr zugefallen hatte, Walter war tot.

Nun war da eine große Leere in ihrem Leben, die nie wieder gefüllt werden konnte.

Und sie dachte daran, daß sie noch kurz vorher gebetet hatte, Gott möge ihr helfen, sie wisse nicht, wie sie es Walter sagen solle.

War dies die Erfüllung ihres Gebetes?

Sie hatte sich einen festen Kinder glauben bewahrt, und sie meinte das weiße Haupt, und ihre Lippen flammelten: „Was Gott tut das ist wohlgetan.“ — dann begannen ihre Tränen zu fließen.

Es gingen Stunden hin. Menschen sah im Stübchen. Rose war aus dem Krankenhaus gekommen. Frau Greefe war nicht länger allein. Sie hatte das mutterlose Kind bei sich und wollte es bei sich behalten, dies Kind, für das es schämmer war,

solche Mutter zu haben, als wenn es keine gehabt hätte. Und Rose weinte mit ihr.

Es waren zwei Aufgaben, die da vor der alten Frau lagen, und den Rest ihres Lebens füllten sollten. Die beiden, Mädchen und Rose, sollten gut und glücklich werden, jodiel sie dazu zu tun vermöchte, da sie für Benita dies Gutsein, dies Glückseligkeit nicht mehr schaffen konnte, wie es ihr toter Junge in seinem Scheidebrief gewünscht hatte.

Sie dachte milde und mitteilig an das Mädchen, und sie sandte die weinende Rose hinterher nach Nummer 17 zu Benita, damit sie ihr Walters Brief zeige und ihr sage, was geschehen sei. Rose sollte auch sagen, daß Walters Mutter hoffe, Benita werde zu ihr kommen.

Aber Benita kam nicht.

Sie las Walters Brief, und dann begann sie fassungslos zu weinen, wild und verzweifelt.

Sie weinte stundenlang.

Niemand durfte sie anrühren, niemand zu ihr sprechen.

Sie aing in ihr Kämmerchen und schloß hinter sich die Tür. Dann warf sie sich schluchzend auf ihr Bett.

An diesem Abend weinte sie sich in Schlaf.

Am nächsten aber ging sie wieder ins Kino.

Nachwort.

Es leitete mich keine besondere Absicht, als ich die Geschichte dieser Frauen erzählte. Ich schrieb sie nieder, bekommen und schwer, wie sie mir auf dem Herzen lag. — so wie ich sie vor meinen Augen sich hatte abrollen sehen. Denn diese Geschichte ist wirklich, und alle die Frauen, von denen ich erzähle, habe ich gekannt, und manche von ihnen kenne ich noch. Ich kenne die gutfertige Frau Meyer und die blinde Frau Müller, ich kenne Frau Greefe und kannte ihren Einzug, der drauhen auf den Schlachtfeldern Frankreichs in Sommerjahre und Winterkälte den letzten Schlaf schlief, ich kannte auch die arme, emsige Frau Braunschweig und kannte ihre Kinder, die noch immer im Armenhause sind, ich kannte die arme Maria Heise, und ich kannte die junge, schöne, frohe Benita Harenhold. Ich kenne sie noch, sie aber kennt mich wohl nicht mehr, denn wenn sie in den Abendstunden in der belebten Hauptstraße der Stadt an mir vorüberstreicht, dann merket sie die Augen ab, und ihr Lächeln, erfüllt mich nicht wie einst. Ich kenne auch Frau Eils. Fast jeden Morgen treffe ich sie, das dunkle volle Haar trägt sie immer sorgfältig geordnet und kräftig, sie blüht mich mit den Augen an und nickt mir ein wenig herausfordernd und vertraulich zu. Ich rufe wieder, denn auch sie tut mir leid, auch sie ist ein „armes Mädel“, wie Frau Meyer im Anfang der Geschichte von all den Frauen im Alten Staden Nummer 17 sagte.

Nein, es leitete mich keine Absicht, als ich diese Geschichte schrieb, aber jetzt, da ich sie überdenke, ist es mir, als ließe eine alte, harte Linie durch alle diese Frauenleben hindurch, etwas Gemeinames, das ihr Geschick bestimmte und manche von ihnen nach unten zog. Sie waren arm und hilflos in einer wilden und grausamen, furchtbaren Zeit, sie waren Arbeiterfrauen, und darum ward ihr Leben, wie es werden mußte. — weil sie Arbeiterfrauen waren und weil es Krieg war.

Glaubt ihr es nicht? Ueberlegt einmal!

Wenn Benita die Tochter eines reichen Vaters gewesen wäre, der Frau und Kind wohl versorgt hinterlassen hätte, wenn sie in einer schönen, geräumigen, behaglichen Wohnung in einem vornehmen Hause gelebt hätte, wenn sie Theater und Konzerte hätte besuchen und sich schöne Kleider hätte kaufen können, glaubt ihr, daß sie dann mit Frau Eils ins Kino gegangen wäre und nachher bei den jungen lustigen Männern verweilt hätte, nur um sich ein bißchen armselige Freude für ihr junges Leben zu holen? Hatte sie nicht ein Recht auf Freude? Jede Jugend hat dies Recht. Aber daß Benita Harenhold nur eine Freude finden konnte, die sie in die Tiefe zog, es war, weil sie zur Proletarierin geworden war, und weil die freudlose Zeit, in der ihre Jugend erblühte, keine guten Freuden für eine Proletarierin hatte, der auch sonst oft die Freuden allzu knapp bemessen sind.

Und glaubt ihr, daß Frau Eils nicht, wenn sie eine reiche Frau gewesen wäre, eine andere Form gefunden hätte, ihre unabhängige Lebenslust zu befriedigen, ihre schäumende Kraft auszuatmen? Wäre sie reich gewesen, wäre ihr Mann nicht in den Krieg gegangen und sie nicht allein geblieben, sie wäre wohl leichtfertig gewesen, aber sie wäre nicht schlecht geworden; denn sie war von Natur guthezig, und sie hätte nicht andere mit sich nach unten gezogen.

Und wenn die kleine Frau Braunschweig keine Proletarierin gewesen wäre, dann hätte sie nicht so hart zu arbeiten brauchen, und sie wäre nicht krank geworden und gestorben. Sie hätte sich nähren und pflegen können, und ihre Kinder wären nicht ins Armenhaus gekommen. Und wenn ihr Mann daheim geblieben wäre, wenn ihn nicht der Krieg verchlungen hätte, dann hätte er seine arme Frau gehütet und seine Kinder zu guten und glücklichen Menschen erzogen.

Ja, der Krieg war es, der alle diese Menschenjüdiale durcheinander wirbelte und die Schwachen vernichtete. Er wehte Berta Red in den Heißhosen Hauskalt, weil sie wenig Arbeit und keine gute Unterkunft fand, er machte die Männer wild und beneidlich, er machte die Frauen — viele von ihnen — leichtsinnig und widerstandlos. Er machte die Gewissen stumpf, denn der Staat selbst, der Hüter des Rechts, befohl zu tun, was sonst Unrecht war. Recht war nicht mehr Recht, Unrecht nicht mehr Unrecht, der Mensch dem Menschen nicht mehr Freund. Was die da draußen lernten, das blieb auch der Heimat nicht fremd, und so ging es ins Elend mit diesen Leben wie mit Tausenden anderer Leben.

Sie waren Arbeiterfrauen, und es war Krieg. Die Selbstmörderinnen und Krawallerinnen die eine eine Ber-worfene, die andere eine blühende Selbstmörderin, aber sie und die andern alle waren nicht schlecht, sie waren nur unglücklich und krank.

Ah, urteilt nicht hart über sie! Wer weiß, wo ihr Sündet und eure Frauen und Töchter, wenn ihr Proletarier wäret, und es wäre Krieg!

Helft alle, Proletarier und ihr andern, daß die Welt besser, daß sie friedlicher und gerechter werde!

Dies ist meine Bitte; darum schide ich euch die Geschichte der Arbeiterfrauen aus dem alten Staden Nummer 17.

Henni Behmann.

Urteil worden. — In Pforzheim sind Karl Marckall und Johann Streiff als Agenten für die Darlehensschuldfirmen J. Stehr & Co. in Hamburg tätig gewesen und haben in 5 Monaten 18 000 Mark an Vorschuß eingenommen. — Der Darlehensvermittler Paul Sander zu Berlin, Schönberger Ufer 28, gegen den ein Verfahren wegen Darlehensvorschußschulden beim Oberstaatsanwalt II Berlin schwebt, hat jetzt die Darlehensgeschäfte aufgegeben und sich einen neuen Wirkungskreis gesucht. Er handelt mit allen möglichen Dingen, Seife, Kerzen, Schreibmaschinen und anderem.

Das Ende des Notgeldes. Die Münzprägung des Reiches hat in der letzten Zeit so gesteigert werden können, daß eine Verjüngung des Verkehrs mit dem nötigen Kleingeld sichergestellt worden ist. Das von vielen Kommunen herausgegebene Notgeld wird also demnächst überflüssig. Im Reichsfinanzministerium ist deshalb ein Gesetzentwurf fertig gestellt worden, der demnächst den parlamentarischen Instanzen vorgelegt werden wird. Der Entwurf ordnet an, daß alle Marken, Münzen, Scheine und sonstigen Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten und als Ersatz für Geld im Zahlungsverkehr verwendet werden, bis zum 30. Juni d. J. durch die Aussteller einzulösen sind. Es soll dabei gleichgültig bleiben, ob der Termin, für den die Einlösung ursprünglich vorgesehen war, über den 30. Juni hinausläuft. Begl ein Besitzer von Notgeld dieses zur Einlösung nicht bis zum 30. Juni vor, so verfährt der Anspruch auf Vergütung binnen sechs Monaten von diesem Termin an. Um auch die spätere Herausgabe von Notgeld zu verhindern, verbietet der Entwurf, daß in Zukunft weiteres Notgeld ausgegeben wird. Das gilt auch für Notgeld, das lediglich zu Sammelzwecken bestimmt ist.

Metallarbeiter-Versammlung. Die Freitagabend stattgefundene sehr stark besuchte Metallarbeiter-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte sich unter anderem auch mit dem Streik in Süddeutschland zu beschäftigen. Allgemein wurde anerkannt, daß die Metallarbeiter in Süddeutschland ganz außerordentlich große Opfer bringen müssen in ihrem schweren Kampfe, der in erster Linie für die Erhaltung des Wirtschaftstages geführt wird. Einstimmig stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeiträge, die zur Unterstützung der Kollegen in Süddeutschland dienen, unbedingt von jedem in Arbeit stehenden Kollegen gezahlt werden müssen. Wer in der jetzigen außerordentlich ernsten Situation desorganisations der Organisation den Rücken kehre, weil er die Beiträge nicht zahlen wolle, sei ein Verräter an der Arbeiterklasse. Die Versammlung war sich darüber einig, daß der Kampf in Süddeutschland allein durch finanzielle Unterstützung schwer zu gewinnen sei. Es wurde daher ein Antrag angenommen, der besagt, daß die hiesige Ortsverwaltung beauftragt wird, dafür einzutreten, daß die Reuter-Kommission der drei sozialistischen Internationalen sofort zusammenberufen wird, um der kapitalistischen Einseitigkeit die Einseitigkeit der Arbeiter-Internationalen entgegen zu stellen. Allgemein wurde anerkannt, daß die jetzige schwierige Lage, in der sich die Arbeiterklasse befindet, in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß sie unter sich nicht einig ist. Es müsse daher die Aufgabe eines jeden Arbeiter sein, dafür einzutreten, daß die Gegensätze innerhalb der einzelnen sozialistischen Arbeiter-Parteien überbrückt werden. Nur dann sei es möglich, die schweren Kämpfe, die uns zweifellos bevorstehen, erfolgreich durchzuführen. Des weiteren wurde auf Antrag der Ortsverwaltung beschlossen, aus den Mitteln der Lokalfelle weitere 30 000 Mark für die streikenden Kollegen in Süddeutschland bereit zu stellen. — Ein Antrag der Kollegen in Oldesloe, für ein zu erwerbendes Haus, welches als Versammlungsort und Jugendheim dienen soll, 2000 Mark als Hausanteil zu zahlen, wurde ebenfalls einstimmig gut geheißen.

Starker Rückgang der sozialistischen Angestelltenvereine. Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die hiesige bürgerliche Presse mit dem „Zentralverband der Angestellten“. Das ganze Nachwort verurteilt seinen Herz durchaus nicht: „Deutschland hat Handlungsgelassen von lichtermanischer Abstammung entwickeln hier ihre sozialistische Gewinnung in vollendeter Form, jedoch jeder nicht vom deutschen Völkchen Koller Befallene sofort merkt, hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Kronzeugen für die Nichtigkeit der deutsch-sozialistischen Meinung sind wie so oft ihre Antipoden von links. Die Freileben des „Kommunistischen Gewerkschaftler“ haben es den „Nichtblonden Jünglingen“ der anderen Seite diesmal angetan und ihre Sinne verwirrt oder sollte etwas anderes die Ursache sein. Man merkt den Zwang und Lächerlichkeit. Die schon so oft abgelesene Kommunistenweise wird wieder nach dem Rezept gerissener Reklameführer

in Bewegung gesetzt, um allzu schwache Seelen zu ängstigen. Derartige Bedürfnisse haben sich bei den „Blässchen“ immer eingestellt, wenn der Mitgliederstand in ihren Reihen besonders groß wurde und so wollen wir dieses Ereignis auch diesmal bemerken. Im übrigen werden wir auf diese Sache noch zurückkommen.

Eine Milderung in der Erhebung von Straffporto ist jetzt von der Reichspost durchgeführt. Nach der Postordnung darf ein Straffporto in der doppelten Höhe des fehlenden Betrages erhoben werden, dies kann oft mehrere Mark ausmachen. Diese Anordnung hat der Post viel Arbeit verursacht, da meist Anbahnungsverweigerungen vorkamen. Die Postämter sind deshalb dazu übergegangen, ungenügend frankierte Briefe dem Absender behufs Nachfrankierung zurückzustellen, soweit der Absender ohne Öffnung des Briefes zu ermitteln ist. Es empfiehlt sich also in Zukunft, alle Briefsendungen mit der Absender-Adresse zu versehen.

Stenographen-Verein Stolze-Schren (1888). Wie in diesen Städten des Reiches, so hat auch in Lübeck am letzten Sonntag das allgemeine große Wettstreiten, welches frei für alle Stolze-Schrenner war, stattgefunden. Erfolgreichste waren sich auch viele nicht dem Verein angehörige befähigte Stenographen mit gutem Erfolge an dem Wettstreiten beteiligt. Die Geschwindigkeiten waren auf 140—260 Silben Geschwindigkeit in der Minute festgesetzt, die höheren Geschwindigkeiten werden im August auf dem Stenographentage in Eisenach diktiert. Diese Geschwindigkeiten stellen das Durchschnittsmaß für die burschenschaftliche Praxis im Geschäft und bei den Behörden und für Zeitungs- und Telefonsteno-graphen dar. Wie aus anderen Städten gemeldet wird, ist überall die Beteiligung und das Ergebnis gut gewesen, hier im Bezirk Lübeck-Mecklenburg-West wurden allein 45 Arbeiten abgegeben, besonders gute Arbeiten in den höheren Geschwindigkeiten von 200—260 Silben. Der Stenographen-Verein von 1888, dem die Leitung des Wettstreitens übertragen war, hatte alle Vorbereitungen getroffen und seine Mitglieder durch gewissenhaften Unterricht und gute Übungen ein gutes Stück vorwärts gebracht.

Ein schlechter Kartoffelaufkäufer. Das Schöffengericht verhandelte am Donnerstag gegen den Buchhalter G., der am 15. November d. J. vom hiesigen Versorgungsamt nach Emden geschickt wurde, um dort für die hiesige Bevölkerung Kartoffeln einzukaufen. Es handelte sich um ein Quantum von 10 bis 15 000 Zentnern. Der Preis sollte ca. 83 Mark je 1 Zentner betragen. Der Angeklagte hatte den Auftrag, an Ort und Stelle den Ankauf zu bewirken, die Kartoffeln zu beschaffen und die Verladung zu veranlassen. Für den Ankauf waren ihm Anweisungen auf Banken mitgegeben. Auch erhielt er für seinen eigenen Gebrauch 1000 Mark mit. Da dort aber nur mit barem Gelde etwas zu machen war, so kam er wieder zurück, um an Stelle der Anweisungen bares Geld zu erhalten. Dieses wurde ihm den auch gegeben. Er erhielt 245 000 Mark und reiste wieder ab. Erdbeuten war derzeit der Sammelplatz einer Mischung von Kartoffeln, Schiefern, Spielern usw., so daß die Verladung, auf falsche Bahn zu geraten, groß war. Der Angeklagte ließ sich von den Lieferanten hinführen und verweilte 38 Tage dort, ohne daß es ihm gelang, Kartoffeln zu beschaffen. Außerdem hatte er sich durch launische Leute zum Spiel verleiten lassen. Aber auch der Sekt und die Wette spielten eine Rolle, so daß er 43 000 Mark verpulverte. Da immer noch keine Kartoffeln eintrafen, wurde der Angeklagte telegraphisch abberufen. Um nun aber dennoch Lübeck mit Kartoffeln zu versorgen, übergab er seinen Auftrag an eine dritte Person. Er handigte diesem Manne seine Vollmacht und 76 920 Mark aus. Als nun der Angeklagte ohne Kartoffeln und Geld hier eintraf, fand am 26. Januar seine Verhaftung statt. Um nun wenigstens noch das seinem Vertreter gegebene Geld zu retten, wurde Herr G. nach Emden geschickt, der dieses Geld auch einzog. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß der größte Teil des Geldes wieder herbeigeholt wird. Das Urteil lautet wegen Unterschlagung von 43 000 Mark auf 9 Monate Gefängnis.

Die Großschiffbauwerkerei wird am 22. Mai bis Ende Juni geschlossen. Entliehene Bücher sind bis zum 10. Juni zurückzugeben.

Der Lübecker Kunstverein eröffnet am morgigen Sonntag in der Katharinenkirche seine 45. Kunstausstellung. Es sind Gemälde und Graphiken Lübecker und auswärtiger Künstler in reicher Zahl ausgestellt. Verbunden mit dieser Kunstausstellung ist eine Sammlung künstlerischer Photographien aus der norddeutschen Landschaft. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 10 bis 5 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt

wöchentlich 4 Mk., Sonntags 3 Mk. Ein Besuch dieser interessanten Ausstellung ist dringend zu empfehlen.

Nach Travemünde, Grönitz und Dahme fährt ab 20. Mai jeden Sonntag der Dampfer „Wöwe“. (Siehe Inserat).

pb. In die Trave gefallen und ertrunken. In letzter Nacht wurde aus der Trave unterhalb der Fischergrube die Leiche eines 40 Jahre alten, ansehend dem Seemannsstande angehörigen Mannes geborgen. Nach Aussage von Augenzeugen in der Verunglückte in letzter Nacht wahrscheinlich in angetrunkenem Zustande in die Trave gelaufen. Sofort angestellte Rettungsversuche blieben erfolglos. Der Verstorbenen, der feinerlei Legitimationspapiere bei sich führte, trug schwarzes Jackett, ebensolche Weste, feldgraue Hose, Schnürstiefel mit Gummihöhlen, graue Socken; blau-weiß kariertes Hemd, dunkle Unterhose mit weißen Nähten, weißes wollenes Oberhemd und blaues Zeugporhemd. Personen, die sachdienliche Angaben über die Verhinderung des Verunglückten machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonntag Wiederholung der Schlager-Operette Gilberts: „Die Braut des Lucullus“. Auch für diese Vorstellung sind die Damen Leuz, Berlin, Theater des Westens und Witte, Canoga, München, Gärtnerplatztheater verpflichtet. In Dienstag-Abonnement wird Strindbergs: „Nach Damaskus“ 1. Teil wiederholt.

Haus-Theater. Allabendlich durchbraufen wahre Lachfülle das Haus über den berühmten Komiker Anton Franck in dem Schwan „Der feuchte Lebemann“. Wie groß das Interesse des Publikums ist, diesen von überlütigtem Humor besetzten Komiker zu sehen, beweist der starke Besuch.

Angrenzende Gebiete.

Neubrandenburg. Streikbrecher-Elemente. Auf dem Gute Nevezin hat man in der Mecklenburger Landwirtschaft eine neuzeitliche Erfindung gemacht. Einer der dort befindlichen importierten „Arbeitswilligen“ hat versucht, die Zuchtellen zu erregen. Ueber den Erfolg können wir erst später berichten, jedenfalls warten auch wir mit Spannung, ob Räder oder Arbeitswillige aus dieser Zuchtichtung entstehen; beide sind gleich wichtig für unsere Agrarier. Leider hat die streikende Landarbeiterschaft kein Verständnis für diese epochemachende Neuerung und hat veranlaßt, daß die Verträge sich des angeführten Zuchtellen annehme, vielleicht soll auch verhindert werden, daß derselbe ausgeführt wird. Wir schlagen vor, daß auf der nächsten landwirtschaftlichen Ausstellung des „Landbundes“ das Verab-säumte nachgeholt wird; denn es wäre schade, wenn sich die Zuchtichtung nicht ausbreiten würde.

Cuxhaven. Ein Hamburger Fischdampfer gesunken. Aus Cuxhaven wird gemeldet: Der finnische Dampfer „Biermia“ rannte den Hamburger Dampfer „Zoppot“ in den Grund. Sieben Mann der Besatzung sind durch den Dampfer „Alte Liebe“ gerettet. Ein Matrose und der Koch sind ertrunken. Die Kollision passierte um 1 Uhr nachts. Der finnische Dampfer wurde leicht beschädigt.

Wilhelmshaven. Preistreiber in Schuhen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Gärtner wegen Preistreiber in Schuhen auf 50 000 Mk. Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe beantragt. Die über-teuerten Schuhe wurden beschlagnahmt.

Oldenburg. Ein Riesenfeuer wütete in der Industrie-stadt Varel. Auf dem Holzlager von Grimm bemerkte man zunächst eine kleine Flamme, und ehe man recht zur Besinnung kam, stand das ganze Holzlager in hellen Flammen. Aus der Stadt, den benachbarten Gemeinden und sogar von Wilhelmshaven und Oldenburg wurden die Spritzen herbeigerufen, die versie die Bekämpfung des Feuers aufnahmen. Trotz angestrengter Arbeit verbrannten die gesamten Holzvorräte. Der Verlust wird auf 20 Mill. Mk. beziffert.



Bella.

(Eine Hundsgeschichte von Franz Wedekind.)

In der Ludwigstraße wurde mit großem Ramp eine Trauung gefeiert. Zwanzig Equipagen führten vor, das Kleid, welches die Braut trug, hatte vierhundert Mark gekostet. Der Brautigam war ein variabler Graf und hatte nicht ein einziges Haar mehr auf dem Kopfe, sein zukünftiger Schwiegervater wurde an fünf Millionen geschätzt; eine ansehnliche Menschenmenge hatte sich gesammelt, um all die Pracht und Herrlichkeit zu bestaunen. Bei einem solchen Ereignis durfte meine Zimmerwirtin nicht fehlen.

In ihrer Jugendzeit war sie einmal Schneiderin in der Gar-denerverwaltung ihrer Majestät der Königin von Hannover gewesen. Ihre Zimmer vermiethete sie in der Halberstraße. Die Wohnung lag parterre, und uns gegenüber, nur durch den Treppengang getrennt, hauste eine vornehme Jungenschriftstellerin, ein Fräulein von Sanden, die ebenfalls einen Zimmerherrn bei sich beherbergte, aber nur einen einzigen, den man selten zu Gesicht bekam.

Von diesem Zimmerherrn ging das Gerücht, daß er Ritter-ladungen mit zwanzig und mehr Alken verstaute. Die Jungenschriftstellerin erzählte jedem, der es hören wollte, er sei ihr leiblicher Neffe, aber ihre eigene Köchin bestritt dies Verwandtschafts-gehältnis und behauptete, daß es nur zur Verherrlichung der in-neren Beziehungen erdacht sei, die zwischen den beiden be-standen.

Auf dem Wege zur Trauung in der Ludwigstraße war meine Wirtin von dem einzigen Alken begleitet worden, von dem sie sich in dieser Welt aufrichtig und treu geliebt glaubte. Es war das eine unerschöpfliche kleine weiße Fräulein namens Bella. Die Trauung verlief sich zur Genugthuung familiärer Zusammen-wohnen programmäßig, und während ihres Verlaufes erhielt Bella einen aufrichtig gemeinten Liebesantrag von einem ein-zelnen, kleinen, schneeweißen Pümpchen, der sich in Begleitung eines Erdenmädchens aus der Georgenstraße zur Feier-lichkeit eingefunden hatte.

Bella heiratete die Fräuleinlichkeit des kleinen Kanaklers zuerst mit Entzückungen abgewiesen. Offenbar infolge seiner geistreichen Unterhaltung und sprudelnden Witzes fand sie dann aber doch Ge-fallen an ihm und begann nun in jener schonungslosen Weise mit ihm zu kokettieren, die wir alle schon von Damen der Gesellschaft erfahren haben und die uns manche derbe Enttäuschungen bereitet hat. Dadurch erreichte sie es, daß Jock, so hieß der Alke, Bella und keine Herrin nach Schluß der Trauung verrennen-wollte, was Herr mit den höchsten Erwartungen geschmeilt, bis zu ihrer Wohnung in der Halberstraße zu begleiten wagte. Raum aber

waren alle drei in den Hausflur eingetreten, als Bella wie ein wütendes Kanakler über den kleinen Sänder herfiel, und sie hätte ihn sicher zu Tode gebissen, wäre meine Wirtin nicht dazwischen getreten und hätte dem Streit ein Ende gemacht. Sie zog sich mit ihrer Bella ins Innere der Wohnung zurück, der kleine Jock blieb seinen Gedanken über Weibersaltheit überlassen.

Nachmittags um drei wollte meine Wirtin ausgehen, um einige Einkäufe zu machen. Beim Verlassen der Wohnung fand sie Jock mit tränenüberströmtem Gesicht vor der Türschwelle sitzen. Sie jagte ihm, er solle die Sache doch nicht so schwer nehmen und ruhig nach Hause gehen; aber er verstand ihre Worte garnicht; er jankte nur trüblich den Kopf. Als sie drei Stunden später nach Hause kam, sah Jock noch auf demselben Fleck. Raum aber hatte sie die Türschwelle geöffnet, als Bella mit gellendem Ge-läuf heranzuging, um den Unglücklichen von neuem zu mißhandeln. Sie wurde mit Jagdruhen in ihr Bereich zurückgewiesen. Nachts gegen drei Uhr kam ich, mit einem meiner Zimmernachbarn in eine philosophische Diskussion vertriebt, von unzerer Kneipe nach Hause. Wir sahen Jock im großen Mondlicht auf der Straße vor dem Hause seiner Angebeteten hin und her irren. Bella selber schlief in dem weichen Kissen zu Füßen ihrer Gebieterin.

Während der nächsten acht Tage sah der kleine Jock täglich von morgens neun Uhr bis Sonnenuntergang in unserem Haus-flur, ein Ritter Loggenburg, wie er sich treuer nicht denken läßt, und schmeichelte an die verpöhlene Türe hin. Am dritten Tage erschien am die Mittagszeit ein hübsches Stubenmädchen mit weißer Krone im Haar aus der Georgenstraße, um ihn zu den Geizigen zurückzuführen. Ich sehe ihn noch zwanzig Schritte hinter dem Rücken herziehen, daß ihn durch die strengsten Worte zum Krüppeln nötigte, während er selber fortwährend die seh-nlichsten Blicke nach dem Grabe seiner Seelenruhe zurückwarf.

Heute Wirtin war kein so empfindungsarmes und verständ-nisloses Geschöpf, wie es alle Jungfern sonst zu sein pflegen; dazu hatte sie schon zu viele Zimmerherren und hatten ihre Zim-merherren schon zu viele Verhältnisse gehabt. Eines Tages hielt sie ihrer Bella eine mütterliche Tadelrede, in der sie, wenn nicht an Gestalt der Bella, so doch wenigstens an Mitleid und Barm-herzigkeit appellierte. Darauf machte sie die Türtüre und ließ Jock herein. Bella ließ ihn so nahe wie möglich an sich heran-kommen, ruhig abwartend, bis er sehnsüchtig die Schnauze gestreckt hatte; dann packte sie ihn mit grimmigen Fingern an der Gurgel und hätte ihn beinahe wieder totgeschlagen. Um dies Unglück zu verhindern, nahm meine Wirtin sie beim Kopfe und hielt sie bereit, daß sie sich nicht rühren konnte, und nun kommt der Moment, wo ich in dem kleinen Jock jenes moralische Empfin-den entdeckte, auf das wir Menschen, wenn wir es wirklich be-wußten, so unendlich stolz sind, und das wir dabei keinem anderen unserer Mitgeschöpfe aus Erden geschehen möchten. Bella war vollkommen wehrlos; aber Jock war kein Spannetino Doria, er war ein Tier, wie es unter Menschen so viele gegeben hat; weit davon entfernt, sich die Schnauze zu waschen, wie er schon jetzt und ich bald auch, half meine Wirtin mit Wasser voll un-

endlicher Schwermut an. Und als die gute Frau ihrer Bella dann zum Lohn für ihre Unmenslichkeit einige Klapspe ver-ab-reichte, da brauste Jock voll stitlicher Entrüstung auf und bellte; um seine Geliebte zu verteidigen, in einem so hochherzigen Pathos, daß ihm sich jugendliche Heldendarsteller hätten zum Vorbild neh-men können.

Der Versöhnungsversuch war gänzlich mißlungen; aber schon am nächsten Morgen trat ein Ereignis ein, das den weiteren Liebeswerbungen Jocks ein für allemal ein Ziel setzte. Die Jungenschriftstellerin Fräulein von Sanden, die mit ihrem vor-geblieben Neffen die gegenüberliegende Wohnung innehatte, be-tragte sich bei meiner Wirtin darüber, daß der kleine weiße Pimpfchen den Hausflur verunreinige. Meine Wirtin entgegnete ihr kurzweg, der Hund gehöre nicht ihr und sie sei daher nicht für seine Handlungsweise verantwortlich. Darauf machte die Jungenschriftstellerin aber geltend, daß der Pimpfchen sich nur wegen des Hundes, der ihr gehöre, täglich hier einstelle. Meine Wirtin er-widerte, das sei weder ihre eigene Schuld noch die ihrer Bella. Darauf gab ein Wort das andere, es entspann sich ein äußerst erregter Streit, den meine Wirtin schließlich mit dem ungeheuer-lichen Vorwurf abschloß: „Sie sehen den Splitter im Auge ihres Nachsten und den Balken in ihrem eigenen nicht!“ — Die Schrift-stellerin war sprachlos vor Wut. Mit dem Auge des Nachsten konnte niemand anders als Bella gemeint sein, mit dem Splitter darin niemand anders als Jock, und der Balken im eigenen konnte nur auf ihren eigenen dramatischen Neffen Bezug haben. Sie griff deshalb sofort zur Feder und schrieb einen vier Seiten langen Brief an den Hausherrn. Meine Wirtin, die das voraussehen mochte, setzte ihren Hut auf, warf ihren Mantel um und ging in Begleitung von Bella, um selber ein Wort mit dem Hausherrn zu sprechen.

Gegen Abend des selbigen Tages erschien dann der Haus-beherrscher, ein schmerzbühiger Fleischermeister, in eigener Person und verkündete folgendes Urteil:

Erstens ist dem zudringlichen Hunde auf das allerstrengste das Haus zu verbieten. Läßt er sich binnen heute und vier-zehn Tagen nicht dazu herbei, seine Besuche einzustellen, dann hat meine Wirtin ihre Bella abzuschaffen, denn, sagte der Fleischermeister, „mein Haus ist ein moralisches Haus“.

Zweitens hat die Schriftstellerin Fräulein von Sanden binnen heute und vierzehn Tagen den Nachweis zu erbringen, daß ihr angeblühener Neffe auch wirklich ihr leiblicher Neffe ist. Sollte ihr das nicht gelingen, dann ist ihr die Wohnung ge-ründigt. „Mein Haus ist ein moralisches Haus und soll es bleiben.“

Als ich abends nach Hause kam, sah ich die Jungenschriftstellerin und meine Wirtin in den letzten Abendsonnenstrahlen, in sehr eifriger Unterhaltung begriffen, im Garten promenieren. Sie waren vollkommen ausgeglüht. Aber von dem niedlichen, kleinen Jock hat von dem Tag an kein Mensch mehr etwas gesehen.

*) Aus dem Nachlass von Wedekinds Werken (München, Georg Müller), welcher den Dichter als Dichter, Kritiker und Zeitkritiker nochmals mit voller Klarheit herausstellt.

Gewerkschaften.

Freie Gewerkschaften und Schlichtungsordnung.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben dem Reichstag eine Eingabe zum Entwurf der Schlichtungsordnung unterbreitet. Zu § 7 verlangen die Vorstände eine Formulierung, die die Zulassung sogenannter geheimer Organisationen auf der Arbeitnehmersseite unmöglich macht. Unzulässig wendet sich die Eingabe gegen die vorgeschlagene Fassung des § 55. Diese Bestimmung verlangt vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen Anrufung der zuständigen Schlichtungsstelle, Schiedsgericht und geheime Abstimmung über dessen Annahme. Kampfmaßnahmen sollen nur zulässig sein, wenn eine Zweidrittelmehrheit den Kampf beschließt und mindestens drei Tage nach Zustellung des Schiedspruches verstrichen sind. Die Vorstände der beiden Verbände halten die obligatorische geheime Abstimmung für undurchführbar bei größeren und räumlich ausgedehnten Bewegungen. Damit wäre aber für größere Bewegungen das Streikrecht illusorisch. Alle größeren Lohn- und Tarifbewegungen müssen sich in einer Reihe lokaler Bewegungen auflösen. Auch die Kontrolle der Gewerkschaften sei nur in einzelnen lokalen Abstimmungen durchführbar. Die Gewerkschaften könnten dem Anrufungsweg gegen den Willen der Parteien nicht zustimmen. Es genüge, wenn das Gesetz vorschreibt: „Wird bei einer Gesamtkonferenz die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde von einer der beteiligten Parteien angerufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zu Verhandlungen zu laden und, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedspruch zu fällen.“ Die Vorstände der zwei Organisationen erklären weiter, daß sie keineswegs die schwierige Lage der lebenswichtigen Betriebe und die große Verantwortung der Regierung für die ihr anvertrauten öffentlichen Interessen verkennten. Ein Reglement für Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zur Verhütung wilder Streiks werde dem Gewerkschaftskongress des ADGB in Leipzig sowie der Ausschussung des Afa-Bundes zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Reglemente würden dann in allen Gewerkschaftsorganisationen aufzunehmen sein. Bei solcher gewerkschaftlichen Verpflichtung, die Streikbewegung in geeignete Bahnen zu lenken, erwarte man vom Reichstag, daß dieser den Versuch, das Schlichtungsverfahren durch gesetzliche Zwangsvorschriften wie im § 55 zu verschärfen, ablehne.

Achter Verbandstag der Fleischer u. v. B.

In der Zeit vom 7. bis 10. Mai tagte hier der Zentralverband der Fleischer. Es waren 56 Delegierte anwesend, sowie Henkel-Berlin und Fiedler-Berlin von der Hauptverwaltung, Krause als Redakteur, Bergmann-Hamburg vom Verbandsauschuss, ferner Vertreter aus Ungarn, Schweiz, Dänemark, Norwegen, von der GCS, von der Stadt Halberstadt und Badert vom ADGB.

Henkel-Berlin gab den Geschäftsbericht, Krause ergänzte ihn, indem er nach besonders auf die redaktionelle Tätigkeit einging. Krause plädierte noch für das ständige Erscheinen der Verbandszeitung. Fiedler-Berlin sprach über die Raftenerhältnisse und Bergmann-Hamburg gab den Ausschussbericht.

Dann folgte eine den ganzen ersten Tag ausfüllende Diskussion ein, die insbesondere von dem Antrag nach dem Industrieverband Zeugnis ablegte, wobei den Brauerei- und Mühlenarbeitern lebhafteste Vorwürfe gemacht wurden, die Badert als Hauptvorsitzender des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes in längerer Rede als unbegründet zurückwies. Die Haltung des Verbandsorgans wurde im großen und ganzen anerkannt, nur Philipp-Hamburg, Zeile-Dresden und andere verwahrten sich gegen die einseitige Kritik an der SPD, eine derartige einseitige Haltung dürfe kein Gewerkschaftsblatt einnehmen. Die meisten Diskussionsredner aber verteidigten die Redaktion, gegen das ständige Erscheinen sprachen sich fast alle Redner aus. Von Fiedler-Berlin wurde besonders der Verfall der Fleischer abgelehnt, für die der Verband mehr sorgen müsse. Mit großer Einmütigkeit lehnten die Debatter die Arbeitsgemeinschaften für die Fleischer ab. Ingenommen wurde ein Antrag, der die Redaktionsführung billigt. Alle Anträge, die den Nachschubverband herbeiführen, wurden dem Zentralvorstand mit der Verpflichtung überwiesen, alles zu tun, um die Verschmelzung zu fördern.

Zu dem Punkt: „Sozialgesetzgebung“ wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Der Verbandstag sieht in den Entwürfen zu dem Arbeitszeitgesetz, Arbeitsnachweisgesetz, Schlichtungsordnung und Arbeitslosenversicherung eine schwere Verdrängung der Interessen der gesamten Arbeitnehmerchaft. Der Verbandstag verlangt von dem ADGB, daß er jedes geeignete Mittel zur Anwendung bringt, um eine Verschlechterung und Verdrängung der Arbeitnehmerinteressen abzuwehren. Von dem Gewerkschaftskongress in Leipzig erwartet der Verbandstag, daß er die geeigneten Mittel und Wege und Vorschläge zum Abwehrkampf festlegt, und die Gewerkschaften verpflichtet, alles einzusetzen. Von den politischen Parteien erwartet der Verbandstag wirksame Unterstützung in den Parlamenten und in der Presse.“

Am zweiten Tag hielt Verbandsvorsitzender Henkel ein Referat über „Lohn- und Arbeitspolitik“. Die Beratungen über diesen Punkt wurden ergänzt durch einen Vortrag von Krause-Berlin, der besonders der Verhinderung gewidmet war. Er verwies darauf, daß die Mehrzahl der Arbeiter bei den Fleischermeistern schon immer eine Rolle spielte, fest im Zeichen der Arbeitslosigkeit werde sie zu einer Gefahr. Nach Fühlungnahme des Verbandes mit der Regierung seien Verordnungen erlassen worden, die aber von den Handwerkskammern sabotiert würden. Die Erörterungen über das Referat Henkels ergab folgendes: die meisten Delegierten verlangten, daß der Einzelstreik aufhört, daß nur noch Massenkaktionen in Frage kommen könnten. Man verwies immer wieder auf den Metallarbeiterstreik in Süddeutschland, der unnötiges Verbluten bedeute. Natürlich fanden sich auch Stimmen, die das als unwiderleglich bezeichnen, die sich auf den Standpunkt stellten, es seien ja nicht einmal die eigenen Kampfmittel benutzt worden, man könne doch nicht fortwährend Generalstreiks ausrufen. Besonders der Kost- und Logiszwang spielte eine große Rolle. 26 Redner traten auf den Plan. Angenommen wurde dann eine Resolution gegen das Kost- und Logiszwang. Abgelehnt wurde eine Resolution, die den süddeutschen Metallarbeiterstreik zum Anlaß nimmt, einen allgemeinen Generalstreik zu verlangen.

Krause-Berlin referierte über den Leipziger Gewerkschaftskongress. Er polemisierte gegen die Planwirtschaft, die der Bund in der Betriebsratszeitung propagiere. Er führte aus: wir wollen weiter wie die Planwirtschaft, wir wollen den Sozialismus. Ausführlich behandelte Krause die Schlichtungsordnung und die Haltung des Bundes dazu. Auch der Entwurf über die Arbeitslosenversicherung fand eine scharfe Kritik. Auch in der Steuerfrage habe der ADGB gründlich verlagert. In der Aussprache stimmten die Diskussionsredner dem Referenten insoweit zu, als die Haltung des ADGB in der Sachwertfassung klar angegriffen wurde. Ueber die Schlichtungsordnung gingen die Meinungen auseinander fanden sich aber wieder im Kampfe für die Arbeitslosenfürsorge (an Stelle der Versicherung). Lebhaft umstritten war die ganze soziale Gesetzgebung. Man verlangte einen härteren Kurs. Badert vom ADGB versuchte in eindringlichen Worten klar zu machen, daß alle Verhandlungen des Bundes nur ausgehen könnten von dem, was zu erreichen sei. Die 10 Punkte des ADGB und der Afa sollten ein Programm darstellen. In der weiteren Aussprache rückte der Verbandstag von einer „Tech-

nischen Nothilfe“ weit ab. Die Abstimmung über einen Antrag, der sich gegen die Betriebsratszeitung wandte, ergab Ablehnung des Beschlusses.

Als Delegierte zum Leipziger Gewerkschaftskongress wurden Bergmann-Hamburg und Krause-Berlin bestimmt.

In der Statutenberatung wurde die Streikunterstützung ganz wesentlich erhöht, besonders davon wieder die Kinderzulagen.

Die Wahlen ergaben, da Krause eine Wiederwahl energisch ablehnte, folgendes: Henkel-Berlin 1. Vorsitzender, Weil-Frankfurt a. M. Redakteur, Fiedler-Berlin Kassierer.

Die Errichtung einer Preiskommission und eines Verbandsbetrates wurde abgelehnt.

Der nächste Verbandstag findet 1925 statt.

Genossenschaften.

Auf dem Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 6. und 7. Mai in Salzuflen (Lippe) wurde bei der Erörterung des Themas „Geldentwertung und Betriebskapital der Konsumgenossenschaften“ der Gedanke der Inanspruchnahme von Staats- und Gemeindegeldern von zwei Delegierten in die Debatte gezogen. Ein von ihnen eingebrachter Antrag forderte solche Kredite. In der Aussprache fanden sich außer den beiden Antragstellern keine Befürworter dieser Art schon alten Idee. Vielmehr wurde unter Hinweis auf die allgemeine Finanznot von Reich, Staaten und Gemeinden die genossenschaftliche Selbsthilfe als einzig zuverlässiges Mittel zur Förderung der Verbraucherorganisationen und zur Anbahnung genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft angesprochen. Auch die Gründe der Freiwilligkeit und Selbstständigkeit wurden dafür ins Feld geführt, auf die eigene Kraft zu bauen, wobei das mißglückte Experiment mit den russischen Genossenschaften durch die Sowjetregierung als schlagender Beweis Verwendung fand. Die gelegentliche Benutzung öffentlicher Kredite für gemeinnützige Hilfsaktionen, insbesondere etwa die Beteiligung von Gemeinden an genossenschaftlichen Betrieben, Obligationen und Hilfsmitteln wurden nicht abgewiesen, da sie etwas anderes bedeuten, als Staats- und Gemeindegeldschleichen. Der erwähnte Antrag verfiel den auch der Ablehnung durch den von 88 Vereinen und 9 anderen Organisationen mit 347 Abgeordneten beschickten Verbandstag gegen nur 3 Stimmen.

Die Jahresberichte der 10 Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1921 lassen den wachsenden Umfang dieser großen zentralen Verbraucherorganisationen wieder deutlich erkennen. In den Revisions- oder Unterverbänden waren am Schlusse des letzten Jahres 1921 Konsumvereine zusammengeschlossen, die rund 2,9 Millionen, also fast nahezu schon 3 Millionen eingeschriebene Mitglieder mit drei bis viermal soviel Familienangehörigen umfassen, rund 38 000 Personen beschäftigen, einen Warenumsatz von 5 Milliarden und 2 Millionen Markt erreichen, die ferner für 740 Millionen Markt Waren erzeugen, für 160,5 Millionen Markt Grundbesitz besaßen, ein eingeleitetes Kapital von rund 1 Milliarde Markt verzeichneten, 60,3 Millionen Markt Spareinlagen der Mitglieder verwalteten, über 923 Millionen Markt Betriebsmittel verfügten und 193 602 889 Markt Ertrübrigung zum Besten der genossenschaftlich organisierten Verbraucher erreichen konnten. Zu alledem kommen noch die auch die Revisionsverbände berücksichtigenden zahlenmäßigen Ergebnisse der Arbeits- und sonstigen Genossenschaften, wie der Großverkaufs- und der Verlagsgenossenschaft deutscher Konsumvereine.

Das dänische Genossenschaftswesen hat in den letzten Jahren eine gewaltige Entwicklung nach aufwärts erfahren. Nach einem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes beträgt die Mitgliederzahl zurzeit rund 335 000, der Umsatz 225 Mill. Kronen. Die dänischen Konsumgenossenschaften umfassen etwa 46 % der gesamten Bevölkerung des Landes. Während das Schwergewicht der Bewegung auf dem flachen Lande lag, ist auch die städtische Organisation der Verbraucher in den letzten Jahren rasch zu großer Bedeutung gelangt. Der Kopenhagener Konsumverein zum Beispiel, der 1916 erst 7684 Mitglieder mit einem Umsatz von 4 Millionen Kronen aufwies, hatte 1920 schon 26 658 Mitglieder und über 13 Millionen Kronen Umsatz. Der Umsatz der Großverkaufsgenossenschaft der Konsumvereine betrug 1920 schon 203 Millionen Kronen, darunter Eigenproduktion im Werte von 42 Millionen Kronen. Unter den landwirtschaftlichen Genossenschaften ragen besonders die genossenschaftlichen Molkereien hervor, die durchschnittlich je 158 Mitglieder zählen. Diefen gehören jedoch 92 % aller Kühe in Dänemark. Seit 1900 ist die Zahl dieser Molkereien von 1029 mit 113 Millionen Kronen Umsatz auf 1210 mit 660 Millionen Kronen Umsatz gestiegen. Die Buttermaschinen-Bezugs-genossenschaft setzte im vorigen Jahre 4 1/2 Millionen Kronen um. Seit 1897 bestehen auch genossenschaftliche Schlachtereien. Heute gibt es ihrer 46 mit 160 000 Mitgliedern. Rund 80 % aller zur Ausfuhr gelangenden Schweine werden durch diese Genossenschaften geschlachtet. — Die genossenschaftlichen Schweine-Erzeugnisse setzten im letzten Jahre 9,4 Millionen Kronen um, die genossenschaftlichen Rinderezeugnisse 24 Millionen Kronen. Diese letzteren besitzen auch eine Mutterkühenfarm, während die Molkereigenossenschaften einen Mutterviehhof zur Verbesserung der Viehzucht und Verwertungsmethoden unterhalten. Von anderen Gruppen hatten 1920 die Futtergenossenschaften einen Umsatz von 115 1/2 Millionen Kronen, die Kunstbinderbezugsvereine einen solchen von 30 Millionen, die Samenbezugsvereine 5,8 Millionen, die Kohlenbezugsvereine 2,2 Millionen und eine genossenschaftliche Zementfabrik hatte einen Umsatz von 3,3 Millionen Kronen.

Aus aller Welt.

Ein schwerer Raubmord in Erfurt wurde an den Zigarrenhändler Paul Rauch verübt. Als Täter wurde der Freund des Hauses, der Unteramtsmeister der Schutzpolizei Loonies verhaftet, als er in Begleitung seiner Frau morgens mit dem Zuge 4.02 Uhr nach Weimar fahren wollte. Es fand unmittelbar ein Lokalermittlung statt, wobei Loonies am Tatort der gräßlich verühten Verbrechen gegenübergestellt wurde. Bei einem weiteren Verhör unter vier Augen gelang es nach kurzem Zeugnis die Tat ein. Es stellte sich dabei heraus, daß Loonies dem Rauch förmliches Geld abgenommen, die Ladentasse ausgeraubt und die Nebenräume durchsucht hatte.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Die Frau des Lucullus, Operette von Jean Gilbert. Den Beteiligten an der Herstellung dieser Operette hat sicherlich Offenbach als Vorbild gedient. Nun ist Gilbert allerdings nicht der geistvolle „Meister vom Montmartre“, aber doch ein Musiker, dem etwas einfällt, der flotte Reiz- und Tanzweisen nur so aus dem Farnel schüttelt. Gewiß, sie sind nicht immer von besonderer Originalität und Eigenart, sondern vielfach banal, aber doch meistens gefällig und ansprechend. Die musikalische Ausstattung, welche Gilbert der „Frau des Lucullus“ mitgibt, ist sogar sehr respektabel, wenn man auch den Schmutz echter Edelsteine in der Partitur vermischt. Aber, wo findet man den heutigen Tag? Die Handlung führt uns scheinbar in das alte Rom zur Zeit des berühmten Schlemmers und Feinschmeckers Lucullus. Schon damals führte man Krüge und gab es Leute, die am Krüge-

berdienten und die deshalb sich bemähten, Krüge anzusetzen. Doch in dieser Operette wird der drohende Krieg durch die dem Lucullus bestimmte Braut Melissa vermieden, die ihr Herz an den illirischen Sondergelanden Agron verloren hat und ihn trotz aller Ränke von anderer Seite, auch ihres Vaters, gewinnt. Im Ernst hat die Scherzhaftigkeit mit lustigen Episoden und witzigen Bemerkungen gewürzte Annehmlichkeit mit dem alten Rom natürlich nichts zu tun; dieses gibt nur den Vorwand für entsprechende Kostüme und Namen. Sehr drollig wirkte die römische Sindo, die, bis auf die fehlenden Hosen, der heutigen merkwürdig ähnelt. Alles in allem: Die „Frau des Lucullus“ ist ein Mädel, das sich, wenn man nicht die höchsten künstlerischen und kulturellen Ansprüche stellt, sehen und hören lassen kann.

Zumal wenn die Wiedergabe so frisch und lebendig ist, wie das am Freitagabend der Fall war. Auf der Bühne herrschte wirkliche ausgelassene Operettenstimmung. Ganz ausgezeichnet war die Titelfigur, die Melissa, mit Elly Leuz vom Theater des Westens besetzt. Die Dame hat Temperament, Stimme, Anmut, Jugend und — Garderoben. Mit v. Canoco, die hier schon früher als Rosalinde erfolgreich gastierte, gab der erfahrenen Soubrette Florante wohlberechnete verführerische Reize in Darstellung und Gesang, sie war rasig und launig und wohl dazu angeht und angezogen, die Sinne der Männer in Dämmerstunden zu betören. Ihr grotesker Tanz mit Lucullus, der von Herrn Schubert mit gutem Humor und witzungsvoller Komik gegeben wurde, erregte stürmische Heiterkeit. Einmalig in allerbesten Verfassung, flott und geminnend im Spiel, hatte Herr Bitter als überaus glücklicher Vertreter des Agrar einen Sieg auf der ganzen Linie. Max Herrmann, dem für die treffliche Spielleistung zu danken ist, als Sinfoniedant, Martha Sosenfeld als rührende Oberleibschönin, und Karl Bündler als Kriegsgewinnlünsterner Konjul Barro entledigten sich in lobenswerter Weise ihrer kleineren Aufgaben. Kapellmeister Stiefel sorgte für ein beschwingtes Tempo der Vorstellung, die von dem dicht besetzten Hause jubelnd aufgenommen wurde. Alle, die an dem unbeschränkten Erfolg beteiligt waren, wurden durch anhaltenden Beifall ausgezeichnet.

Sport.

Am Sonntag, dem 21. Mai, stehen sich auf dem Victoria-Sportplatz, Dornbreite, Marti I gegen Victoria I im friedlichen Wettkampfe gegenüber. Allen Anhängern des Arbeiter-Sportbundes ist der Sportplatz Dornbreite daher empfohlen. Anfang 4 Uhr.

Das Wetter der Woche.

Von der Bauernburgischen Wetterwarte in Molln.

Nachdem die von uns im letzten Bericht in Aussicht gestellte kurze Wärmeperiode vom 16.—18. Mai am 18. mit Niederlagen der erwarteten Abkühlung, stellenweise am 17. eingeleitet durch Gewitter, Platz gemacht hat, ist nach unseren Untersuchungen für die nächste Woche (21.—27. Mai), zunächst mit ziemlich häufiger, windiger Witterung bei N.- und NW.-Winden zu rechnen. Obwohl die Nächte ziemlich tiefe Temperaturen zeigen, liegt auch im Binnenlande keine Nachfröstoffgefahr vor, da eine starke Wolkendecke die übermäßige nächtliche Wärmeabstrahlung verhindert. Vom 23. ab dürfte eine neue Erwärmung, südabwärts fortschreitend, eintreten und in den folgenden Tagen (24.—26. Mai) ziemlich hohe Werte erreichen. Gegen Ende der Woche (27.) muß jedoch im Anschluß an verbreitete Gewitter (25., 26.) mit einem empfindlichen Wärmeeinbruch gerechnet werden. Die so notwendigen Niederlagen bleiben in der ersten Wochenhälfte noch vereinigt und kurz, sind jedoch etwa vom 24. ab bis Wochenabschluss verbreitet und teilweise ergiebiger. Die Wetterlage wird anfangs beherrscht von einem Hoch über SW.- bis W.-Europa, das östliche Ausläufer nach dem südwestlichen und westlichen Mittel-Europa entsendet und zeitweise auch nach unserem Bezirke (Schleswig-Holstein, Hansestädte, Mecklenburg, Hannover, Brandenburg, N.-Hessen und N.-Westfalen) gelangt, aber hier bald durch ozeanische atmosphärische Störungen verdrängt wird (24.). In der zweiten Wochenhälfte beherrschen letztere Wind und Wetter des Bezirkes. Zunächst sind NW.- bis SW.-Winde zu erwarten, später S.- bis SW.-Winde, die um den 24. und 26. Mai größere Stärke besitzen. — Im einzelnen: 21. Mai: Ziemlich kühl, stark wolkig, zeitweise sonnig, im S.-O. teilweise heiter, lebhaftes W.- und NW.-Winde, Temperatur erhöht. Durchweg trocken. Im NW., N. und NO. vereinzelte kurze Regenschauer. — 22. Mai: Etwas wärmer, sonst wenig Veränderung. — 23. Mai: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, lebhaftes westliche Winde, meist trocken. Vereinzelt Regenschauer. 24. Mai: Wärmer, zunächst heiter, später zunehmend bewölkt, stark aufziehende SW.-Winde; nachmittags schrägweise Gewitter, im SW. und W. kurze Regenschauer. — 25. Mai: Warm, wolkig, teilweise starke S.- und SW.-Winde, nachmittags Abkühlung; ausgedehnte Regenschauer. Stellenweise Gewitter. — 26. Mai: Kühl, stark wolkig bis trübe, stark, an der Küste stürmische SW.- bis W.-Winde, öfters Regenschauer. — 27. Mai: Kühl, unbeständig, böige W.- bis NW.-Winde, Regenschauer.

Briefkasten.

E. G. Der Entscheidung des Wohnungsamtes müssen Sie sich fügen, da anzunehmen ist, daß es unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse entschieden hat.

Neue Bücher.

In-Preis und Festschrift. Eine Handvoll Kleinier-Geschichten von Bernhard Wilhelm. Verlag von Dörcke u. Mey, Volksbuchhandlung, Hannover. Preis 10 Mark. — In dem dem Buchlein vorangestellten Geleitwort werden als Vorzüge dieser Kleiniergeschichten zweifellos mit Recht genannt: Scharfe Beobachtung der Tiere und ihrer Umwelt, richtige Einstellung des Lesers zum Selbstmitleid, kluges Heranzuarbeiten des Wesentlichen an dem beobachteten Treiben der Tiere und echter Humor.

„Sozialdemokratie und die Not der Sozialrentner“ von Richard Meier. Berlin 1922. J. S. W. Dieckhach. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 4 Mark. Eine ergreifende Darstellung von der Notlage der Sozialrentner, Alters- und Unfallrentner und eine vortreffliche Uebersicht über alle sozialdemokratischen Interpellationen und Anträge, die auf eine Erleichterung der furchtbaren Lage der Arbeiter-Rentner gerichtet waren, wird die Antihypothek, ihr Wesen und ihre Ziele. Von Karl Ludwig, Stuttgart, Franckische Verlagshandlung. Preis geb. 22,50 Mk., gebd. 34 Mk.

Die Handchriftendruckung. Mathematischer Lehrgang von Herbert Geviner. Preis geb. Mk. 22,50, gebd. Mk. 34.—. Franckische Verlagshandlung, Stuttgart.

Dr. Bahr's Zahnpulver „No. 23“

Erprobtes Mittel, um die Zähne gesund und weiß zu erhalten. Zahnsteinlösend; desinfiziert die Mundhöhle. Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta. (2229) In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

